

Bezugspreis:

Wöchentlich 85 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg wöchentlich 1,30 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erdungen nur gegen verbandsmäßige Zahlung. Postbezugspreis für Februar 4.— Goldmark

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdung und Kriegspolitik“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 20. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vorkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkont.: Direktion der Droschkens-Gesellschaft, Dönhofsstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 6,70 Goldmark, Reklamereile 1,50 Goldmark. „Kleine Reklamereile“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (außerhalb zwei fertige Worte). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeige das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,25.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Deutschnationale für Ausnahmezustand

Antrag auf Verlängerung bis zu den Reichstagswahlen.

Die Fraktion der Deutschnationalen beschloß, die Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes bis nach den Reichstagswahlen zu beantragen. Damit ist dem am 1. März ablaufenden Ausnahmezustand ein Urteil gesprochen, wie es klarer nicht gedacht werden kann.

Unter dem Schutz der Reichswehr will die Deutschnationale Partei in den Reichstagswahlkampf marschieren, sie weiß, wie der militärische Ausnahmezustand gehandhabt wird und für wen er wirkt. Darum will sie sich eben von ihm nicht trennen.

Im übrigen könnte der Reichstag die Verlängerung des Ausnahmezustandes nicht auf Grund des Art. 48 beschließen, sondern nur durch verfassungsgemäßes Gesetz, zu dessen Annahme Zweidrittelmehrheit gehört.

Das „Hamburger Echo“ verboten.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis II (Stettin) hat das „Hamburger Echo“ auf die Dauer von 3 Tagen verboten. Als Grund wird der Abdruck einer Meldung des „Soz. Parlamentsdienst“ über ein deutschsozialistisches Waffenlager in Halle angegeben. Der Abdruck soll gegen eine Verordnung des Wehrkreiskommandeurs vom 10. November 1923 verstoßen. Aus dem gleichen Grunde wurde unserm Parteiblatt in Rostock ebenfalls das Erscheinen auf 3 Tage untersagt.

Wo noch kurz vor der Aufhebung des Ausnahmezustandes sucht sich der Kommandeur des Wehrkreises II an einem Teil der sozialdemokratischen Presse zu rächen. Als nichts anderes ist das Vorgehen des betreffenden Wehrführers zu bezeichnen, denn der Wortlaut jener Meldung, die dem „Hamburger Echo“ und unserm Parteiblatt in Rostock ein dreitägiges Verbot einbrachte, ist in der gesamten sozialdemokratischen Presse Deutschlands und in einem Teil der bürgerlichen Blätter wiedergegeben worden, ohne daß daran von irgendeinem Wehrkreiskommandeur im übrigen Reich Anstoß genommen wurde. Tatsache ist übrigens auch, daß Meldungen, die im Zusammenhang mit den Waffenfunden bei der Organisation „Stahlhelm“ in Halle standen, bereits seit dem 2. Februar sogar ohne Anstoß des Stettiner Wehrkreiskommandeurs in der gesamten deutschen Presse veröffentlicht wurden. Aber ganz abgesehen davon, hat der Kommandeur des Wehrkreises II in Stettin bisher noch nicht in einem Falle Veranlassung genommen, sich seiner Verordnung ebenfalls zu entziehen und Verbote auszusprechen, als Mitteilungen über kommunistische Waffenlager und Aufschüßerbereitungen innerhalb seines Wehrkreises verbreitet worden sind. Selbst wenn der Beweis einer unterschiedlichen Handhabung der Verordnung, wie sie tatsächlich vorliegt, nicht erbracht werden könnte, bliebe das Verbot heller Unfaim. Die Bestimmungen der Organisation „Stahlhelm“ sind bekannt, sie richten sich gegen den republikanischen Staat, gegen die Verfassung. Damit steht zweifellos fest, zu welchem Zwecke die aufgefundenen Waffen Verwendung finden sollten. Gleichzeitig ergibt sich hieraus aber auch, daß die Befanntgabe im Interesse des Staates lag, weil dadurch eine breite Öffentlichkeit auf die gegen die Verfassung gerichteten Bestrebungen aufmerksam gemacht wurde und die gebotenen Maßnahmen ergriffen konnten. So wird ein Dienst im Interesse des Staates befristet.

Landesverrat und Presse.

Das Verfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ eingestellt.

Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit: Im Anschluß an die Meldung über das gegen den „Vorwärts“ eingeleitete Verfahren wegen Landesverrat berichtet ein Teil der Presse, daß auch die „Frankfurter Zeitung“ unter der gleichen Anklage stehe. Das einzige Tatsächliche an der Nachricht ist, daß vor einiger Zeit auf Grund einer Anzeige der Oberstaatsanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ wegen Nachrichten über illegale Formationen an der bayerisch-thüringischen Grenze angestellt habe, in dessen Verlauf der verantwortliche Redakteur Büchling vernommen wurde. Das Verfahren ist nach der Vernehmung des Redakteurs eingestellt worden; deshalb habe keine Veranlassung für die Redaktion vorzuliegen, von dem Vorgang der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen.

Dazu möchten wir bemerken, daß es sich auch im Fall des „Vorwärts“ um ein Ermittlungsverfahren handelt, das erst angehängt wurde und in dem eine Vernehmung erst bevorsteht. Wir sind aber der Meinung, daß solche Dinge nicht mit Diskretion zu behandeln sind, sondern daß es notwendig ist, die Gefahren aufzuzeigen, von denen die republikanische Presse infolge fortgesetzter Versuche zu mißbräuchlicher Anwendung der Landesverratsparagrafen bedroht ist.

„Ruhe und Ordnung.“

General von Seekt und sozialdemokratische Flugblätter.

Wir wir feinerzeit mitteilten, war der Sozialdemokratischen Partei in Kiel durch den Wehrkreiskommandeur von Tschischwitz in Steinhilber die Verbreitung eines Flugblattes verboten worden. Reichstagsabgeordneter Eggertschöld erhob darauf am 19. Januar schriftlich Beschwerde beim Reichswehr-

minister Seekt. Nachdem bis zum 31. Januar keine Antwort eingegangen war, wurde in einem zweiten Briefe der Reichswehrminister an diese Angelegenheit erinnert. Wieder vergingen acht Tage ohne jede Nachricht vom Wehrministerium. Endlich am 9. Februar kam der Bescheid, unterzeichnet vom Chef der Heeresleitung v. Seekt. Der Minister hat durch sein Schreiben zum Ausdruck gebracht, was längst kein Geheimnis mehr ist, daß er nichts zu sagen hat.

Der Bescheid des Chefs der Heeresleitung schließt sich in seiner ganzen Einstellung würdig dem Geiste des Verbotes der Flugblattverbreitung durch den General Tschischwitz an. Er lautet:

„Auf die Schreiben hin, die Sie am 19. 1. 1. 2. an den Herrn Reichswehrminister gerichtet haben, habe ich die Stellungnahme des Wehrkreiskommandos II und der beteiligten Zivilbehörden zu Ihrem Flugblatt eingehend geprüft. Ich kann darauf hin die Entscheidung des Wehrkreiskommandos nur billigen. Es liegt nicht im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung, daß dem politischen Kampf durch eine rege Flugblattpropaganda dauernd neue Nahrung zugeführt wird. Wenn Wahlen ausgeschrieben sind, wird natürlich hieran ein anderer Maßstab angelegt und die Flugblattpropaganda in sehr viel weiterem Maße zugelassen, ich darf aber darauf hinweisen, daß es gerade Ihre Partei war, die an einer besonders weitherzigen Auffassung einer militärischen Stelle bei der Genehmigung von Flugblättern im Wahlkampf Anstoß genommen hat. Außerhalb des Wahlkampfes ist eine politische Flugblattpropaganda nur dann notwendig und berechtigt, wenn besondere Ereignisse eingetreten sind, dies liegt bei Ihrem Flugblatt nicht vor. Es ist selbstverständlich, daß nach diesem Maßstab die Flugblätter aller politischen Richtungen behandelt werden.“

Mit dem Satz: „Ich darf aber darauf hinweisen, daß es gerade Ihre Partei war, die an einer besonders weitherzigen Auffassung einer militärischen Stelle bei der Genehmigung von Flugblättern im Wahlkampf Anstoß genommen hat,“ spielt Seekt auf einen Protest an, der gegen die illustrierten Plakate der Wähler im Thüringer Wahlkampf erhoben wurde. Diese Plakate stellen ungehörig an Beschimpfungen der Republik und ihrer Führer das Anlaßhafteste dar, was man sich überhaupt denken kann. Die Reichswehr ist doch mit dem Schutz der Republik betraut. Sie hätte also nicht erst auf den Anstoß durch die Sozialdemokratische Partei warten dürfen, sondern von selbst eingreifen müssen, da ihr nun einmal die Kontrolle der Wahlflugblätter — unseres Erachtens ganz überflüssiger Weise — übertragen war.

Von dem sozialdemokratischen, sachlich gehaltenen Flugblatt fürchtet General v. Seekt eine „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“. Er sieht nicht die „besonderen Ereignisse“, die zur Verbreitung eines Flugblattes Veranlassung geben könnten. Wenn man den Volksgenossen sagt, was sich im Staate abspielt, wie die „Wirtschaft“, die erschaffen ist durch die Kämpfe des Volkes um Freiheit und Selbstständigkeit der Nation, jetzt versucht, sich die durch dieselben Kämpfe gemürbten mühselbemittelten Volksgenossen und den Staat unterzuordnen, dann soll eine solche Mitteilung „öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden“!

Die Beunruhigung ist freilich längst da. Obzwar sind den Inhabern der vollziehenden Gewalt die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, unbefangt, die jetzt von Arbeitgebern unter dem Schutz des militärischen Ausnahmezustandes provoziert werden? Das sind auch die Ergebnisse, die eine Aufklärung der betroffenen Volkswesen durch Wort und Schrift notwendig machen. Wenn die Arbeitgeber willkürlich Tausende von Arbeitnehmern auf das Straßenspalt werfen, so beeinträchtigt das viel mehr die öffentliche Ruhe und Ordnung, wie es je ein Flugblatt tun kann, das nur die Tatsachen feststellt. Wir haben bis jetzt noch nie gehört, daß die Inhaber der vollziehenden Gewalt bei einer solchen wirklichen Beunruhigung des deutschen Volkes durch brutale Wirtschaftskämpfe von ihrer Macht Gebrauch gemacht haben.

Allerdings war zu der Zeit, als General v. Seekt seinen Brief abschickte, der Brandenburger Landtag noch nicht gewesen und dem General sicher die zur Gewalttat ausbrechenden Reden des „Jungbauern“ Reuters durch den Wehrkreiskommandeur v. Horn noch nicht berichtet worden, der sie doch mit angehört haben muß, ohne daß sein Widerspruch deswegen bemerkbar wurde. Auch war dem General v. Seekt sicher der Kompromittierende Jurist aus Harzgerode noch nicht bekannt: „Wenn Reichswehr und Landtag zusammenhalten, mag der Deibel kommen!“ Das sind freilich Äußerungen, die Ruhe und Ordnung ernsthafter gefährden, als zehn sozialdemokratische Aufklärungsschriften. Allerdings . . .

Alspreußisches aus Neuspanien. Ein Dekret der spanischen Generalregierung ermächtigt die Volksschulinspektoren, private oder von Körperkulturen abhängige Schulen zu schließen, falls ihre Lehrmethode gegen die Vaterlandsliebe und die nationale Einheit verstoßt.

Der Landtag soll nach einem am Dienstag gefaßten Beschluß des Reichstages am Sonnabend dieser Woche den bisher vorliegenden Arbeitsstoff aufgearbeitet haben und dann eine Pause bis zum 18. März machen, weil der Haushalt vorher nicht vorliegt.

Dem Ende zu.

Letzte Tagung des alten Reichstags.

Der Reichstag, der sich heute wieder versammelt, hat bestenfalls noch ein paar Wochen der Arbeit vor sich. Selbst wenn die Neuwahlen wirklich erst am 15. Juni vorgenommen werden sollten, so würde doch in der Zeit von Ostern bis zu den Wahlen ein geregeltes Funktionieren der Parlamentsmaschine durch den Wahlkampf unmöglich gemacht werden. Nach den Osterferien, das heißt nach Mitte April, könnte der Reichstag höchstens noch zu einer ganz kurzen Tagung zusammentreten, um Dringendstes zu erledigen.

Indes ist es noch sehr zweifelhaft, ob der Reichstag eines natürlichen Todes sterben wird. Es ist möglich, daß es zu einem Konflikt zwischen der Regierung und dem Reichstag kommt, der zu einer Reichstagsauflösung führen würde. Etwas anderes ist dann auch kaum möglich, da eine Mehrheit, die bereit wäre, die Erbschaft des Kabinetts Marx anzutreten, nicht vorhanden ist. Darum wird damit gerechnet, daß das Kabinett Marx bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags im Amt bleiben wird, sei es, daß die Wahlen erst am 15. Juni stattfinden, sei es, daß ein ausbrechender Konflikt das weitere Zusammenarbeiten dieser Regierung mit dem Reichstag unmöglich macht und zu raschen Neuwahlen führt.

Ein möglicher Konflikt würde sich voraussichtlich bei der Auseinandersetzung über die Verordnungen entspinnen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen hat. Die Regierung betrachtet eine gewisse Anzahl von ihnen gewissermaßen als tabu, sie will weder die Aufhebung dieser Verordnungen zulassen noch auch ihre Abänderung auf dem Wege der normalen Gesetzgebung gestatten. Sie erklärt, daß durch die Aufhebung einzelner Verordnungen eine Lücke entstehen würde, so daß gewisse Angelegenheiten, die so oder so geregelt werden müßten, überhaupt ganz ungeregelt blieben, wodurch die Stabilisierung der Rentenmark in Gefahr gebracht werden würde. Gegen die Abänderung der Verordnungen auf dem Wege der normalen Gesetzgebung wendet sie sich mit dem Argument, daß durch sie neue Unsicherheit in das Wirtschaftsleben getragen werden würde, was dann wiederum eine Gefahr für die Stabilisierung bedeuten würde.

Was ist demgegenüber die Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion? Die Fraktion hat um so weniger die Absicht, die Stabilisierung der Rentenmark zu gefährden, als gerade sie immer aufs entschiedenste nach ihr gedrängt hat und das schwierige Werk unter ihrem Finanzminister, dem Genossen Hilferding, in Angriff genommen worden ist. Sie hat aber die Verantwortung für die einzelnen Maßnahmen, die die Regierung Marx treffen wollte, ausdrücklich dieser selbst überlassen und sich eine sachliche Stellungnahme zu ihnen vorbehalten. Daraus folgt, daß die Fraktion zwar nicht beabsichtigt, das Kind mit dem Bade auszuschütten, daß sie aber ebenso wenig das ganze Verordnungswerk der Regierung, wie diese es will, als ein Wimmeln Rührmischungen betrachten kann. Selbstverständlich will sie nur solche Anträge stellen oder annehmen, die nach ihrer eigenen Auffassung in der Gesamtwirkung nützlich sind. Sie kann sich aber von der Regierung nicht vorschreiben lassen, daß aus dem ganzen Werk nichts entfernt oder nichts an ihm geändert werden darf.

Hier also ergibt sich die Möglichkeit von Konflikten. Es kann so kommen, daß der Reichstag Anträge annimmt, die er selber für nützlich hält, während die Regierung darin einen schädlichen Einbruch in ihre Arbeit erblickt. Dann wäre die Auflösung die Folge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die gesamte Materie der Vorlagen an Ausschüsse geleitet, die ihr heute vormittag ihre Vorschläge unerbittlich stellen. Am Montag oder am Dienstag nächster Woche soll die Aussprache im Reichstag über die Vorlagen der Regierung beginnen; die Debatte und die sie abschließenden Abstimmungen werden für die weitere Entwicklung der Dinge entscheidend sein.

Für den Fall der Auflösung besteht bei allen Parteien der Wunsch nach einer möglichst frühen Ansetzung des Wahltermins. Man wird sich also auf einen kurzen, heftigen Wahlkampf gefaßt machen müssen, für den schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen sind.

Allerdings wird in Reichstagskreisen stark daran gezweifelt, ob die Regierung es wirklich so ohne weiteres auf einen Konflikt ankommen lassen will, von dem für die Stabilisierung der Mark vielleicht schlimmere Gefahren zu befürchten sind als von einer Abänderung ihres Verordnungswerkes im einzelnen. Auch können Gründe der Wahltaktik für sie kaum bestimmend sein, da die letzten Wahlen in den einzelnen Ländern nur eine Stärkung der äußersten Rechten und der ärmlichen Linken ergeben haben, aber keine Stärkung der Mittelparolen, auf die sie sich stützt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist entschlossen, für ihr Verhalten nur rein sachliche Gründe geltend zu lassen, sie wird einen Konflikt weder überflüssigerweise herauf-

bekannt, noch ihm, wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen, aus dem Wege gehen.

Die Frage, wann wir inmitten des Wahlkampfes um den neuen Reichstag stehen werden, ist somit vielleicht nur eine Frage von Tagen, sicher aber höchstens eine Frage von einigen Wochen. Die Ergebnisse der verschiedenen Landtags- und Gemeindevahlen lassen keinen Zweifel daran, daß die Partei dann in einem Kampf stehen wird, wie sie ihn schwerer kaum jemals geführt hat, von dessen Ausgang aber auch Ungeheures abhängt.

Zu wenig ist bisher den Massen des Volkes die Tatsache in das Bewußtsein gedrungen, daß jetzt von der Zusammenfassung des Reichstages auch die Zusammenfassung der Reichsregierung und die gesamte äußere und innere Politik des Reiches abhängt. Die Aufgabe ist, jedem Mann und jeder Frau aus den Massen des werktätigen Volkes klarzumachen, was ein Reichstag nach dem Vorbild des Mecklenburger Landtages für sie bedeuten würde. Das geschieht besser als durch Verlesungen, die nicht jeder besucht, und durch Flugblätter, die nicht von allen gelesen werden, durch die Aufklärung von Person zu Person. Zweifelslos verdanken die extremen Parteien ihre vorläufigen Erfolge in erster Linie der Aktivität, die ihre Anhänger in dieser Beziehung entfalten.

Um den Gegenstoß führen zu können, dazu bedarf die Partei der hingebenden Mitarbeit aller Genossen und Genossinnen! Es handelt sich wahrhaftig nicht darum, ob die Reichstagsfraktion in dieser oder jener taktischen Frage richtig gehandelt hat, sondern es handelt sich darum, daß Recht und Kulturfortschritt der breiten, schaffenden Volksmassen nicht anders verteidigt werden können als im Kampf für die Sozialdemokratische Partei.

Ueber die nach den Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern sich ergebende parlamentarische Lage wurden dem Vertreter von M.W. „von unterrichteter Seite“ Erklärungen abgegeben, die inhaltlich wie folgt lauten:

Den mit großer Mühe aus dem parlamentarischen Wirrwort zu Beginn des Monats Dezember im vorigen Jahr entstandenen Kabinett Marx hat der Reichstag in Erkenntnis seiner Unzulänglichkeit zu raschem, entschlossenem und durchgreifendem Handeln, wie es zur Rettung vor der drohenden Katastrophe erforderlich war, durch das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember Vollmachten zum Erlass von Verordnungen gegeben. Die dem ständig wachsenden Unheil Einhalt gebieten sollten. In Erkenntnis ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe hat die Reichsregierung sich zu schnellstmöglicher Handlung entschlossen und auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Verordnungsweg beschritten. Schweren Herzens aber ohne Rücksicht auf die vielfältige Kritik über unermessliche Härten hat die Regierung eine Anzahl zum Teil sehr einschneidender Verordnungen erlassen.

Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß diese Verordnungen nicht vollkommen sind, denn in zwei Monaten können, zumal in solch kritischen Zeiten,

Leine Kritik und einwandfreien gesetzgeberischen Meisterwerke über Materien geschaffen werden, deren gesetzliche Regelung in ruhigen und normalen Zeiten die Arbeit vieler Jahre erfordern würde. Aber die Not, aus der heraus diese Verordnungen entstanden sind, rechtfertigt deren Bestand; mehr aber noch rechtfertigt sie die Tatsache, daß in diesen zwei Monaten unser öffentliches Leben sich gesetzlich bewegt hat, Finanzen und Wirtschaft sich gefestigt haben. Das Ermächtigungsgesetz hätte keinen Sinn gehabt, wenn mit seinem Erlassen auch kein Zweck, seine Wirkung hinfort zu werden sollten. Wenn der Reichstag vor zwei Monaten nicht in stande war, der weitestgehenden gesetzgeberischen Aufgaben, die die Not der Zeit erfordern, mit der gebotenen Eile Herr zu werden, so kann er sich erst recht jetzt

wo die Wahlen vor der Türe stehen, unmöglich die Kraft zumuten, gerade die schwierigsten und umstrittensten Punkte der erlassenen Notverordnungen zum Gegenstande positiver aufbauender Kritik und gesetzlicher Regelung zu

machen. Auch die grundlegenden Notverordnungen der Reichsregierung sollen nicht ewig gelten, aber sie sollen über die Not, in der wir uns immer noch befinden, hinweghelfen. Sie mögen verbessert, vervollkommen und abgeschafft werden, sobald wir aus der Zeit der Bedrängnis, des raschen Handelns und Helfens heraus sind.

Bis dahin ist es Pflicht der Regierung, das Recht zu schützen, das ihr der Reichstag mit der Verpflichtung zum Handeln im Ermächtigungsgesetz gegeben hat. Es geht nicht an, für Wirtschaft, Finanz und Volkswirtschaft lebenswichtige Fragen einer nicht allein sachlichen, sondern auch naturgemäß durch Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen beeinflussten Kritik und Revision auszuweichen und dadurch das durch das Ermächtigungsgesetz ermöglichte und eingeleitete Beruhigungswort zu gefährden.

Die Regierung sieht sich darum nicht in der Lage, eine der von ihr als lebenswichtig erkannten Verordnungen im jetzigen Zeitpunkt aufzuheben oder durch Initiativanträge des Reichstages ändern zu lassen. Auch von einer Behandlung der als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen in den Ausschüssen ist keine Beunruhigung und keine Gefährdung für Wahrung, Wirtschaft und Recht zu befürchten. Am Bewußtsein der außerordentlich schwierigen Probleme, die in den Notverordnungen geregelt worden sind, und geleitet von dem Bestreben, jede Verbesserung in diesen Verordnungen vorzunehmen, ist die Reichsregierung indes bereit, in interfraktionellen Besprechungen die Vorschläge der Parteien, die gegebenenfalls dann in Initiativanträgen zum Ausdruck kommen können, entgegenzunehmen. Nur in sachlichen Besprechungen in einem interfraktionellen Ausschuss steht die Regierung unter den obwaltenden Umständen eine Gewähr dafür, daß die Notverordnungen nicht Gegenstand erregter unsachlicher Wahlkämpfe zum Schaden für Volk und Vaterland werden.

Die Severing-Hetze lebt wieder auf.

Wie die „Waldburger Zeitung“ meldet, hat der bekannte deutschvölkische Universitätsprofessor Freitag-Soringhausen in einer deutschnationalen Versammlung in Waldburg behauptet, der preussische Innenminister Severing habe den Widerstand an der Ruhr sabotiert, er sei schuld am Tode des Schlageters, dessen Blut über ihn kommen möge. Damit wärmt diese Leuchte der Breslauer Universität und der „Deutschen Zeitung“ die Flammen der „Vergiß-Marktschen Zeitung“ wieder auf, die seinerzeit von der 3. Strafkammer des Oberlandesgerichts ausdrücklich als solche gekennzeichnet wurden, wenn auch der verantwortliche Redakteur auf Grund des § 193 (berechtigtes Interesse der Presse) ohne Strafe davonkam. Es ist eine erstaunliche Frechheit, daß ein Beamter es wagt, diese Flammen gegen einen Minister selbst dann noch zu verbreiten, wenn sie gerichtliche aufs schärfste zurückgewiesen worden sind. Aber der Freitag ist als deutschvölkischer Belehrt und Heher ja weder mit jenem Gastwirt noch mit jenem Bergarbeiter auf eine Stufe zu stellen, die kürzlich wegen ähnlicher Dinge von einem Sachverständigen verurteilt wurden.

Der bayerische Ausnahmezustand.

München, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Durch eine Verordnung des Gesamtministeriums ist der Ausnahmezustand nunmehr auf die Gesamtregierung übergegangen. Die Befugnisse, die der Generalkommissar inne hätte, sind bereits neu verteilt; sie gehen, wie erwartet, auf die einzelnen Regierungspräsidenten über, für Oberbayern also wiederum in die Hände des Herrn v. Kahr, in München, Würzburg und Gärth in die Hände der Polizeipräsidenten. Die Beauftragten führen den Titel Staatskommissare. Sämtliche Behörden des Reiches (?), des Landes und der Gemeinden — mit Ausnahme der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Militärbehörden — sind verpflichtet, ihren Anordnungen Folge zu leisten. Nach der neuen Verordnung sind die Schutzhaftbefehle schriftlich zu erlassen. Die der Verhaftung zugrunde liegenden Tatsachen sind ausführlich anzugeben. Der Schutzhaftbefehl ist den Verhafteten sofort bei der Verhaftung bekanntzugeben. Der Verhaftete ist spätestens am darauffolgenden Tage von einem ordentlichen Richter darüber zu vernehmen, ob und welche Einwendungen er gegen seine Verhaftung

zu erheben hat. Gegen die Verhaftung steht ihm jederzeit das Rechtsmittel der Beschwerde zu. Wird die Schutzhaft aufgehoben, so ist dem Geschädigten ein Entschädigungsanspruch zuzuerkennen. Infolge der vorübergehenden Aufhebung der Pressefreiheit können Druckschriften jeder Art zeitweise verboten werden. Im übrigen bleiben die Anordnungen und Verfügungen des Generalkommissars bis auf weiteres bestehen.

Ludendorff-Garde.

München, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Ehrenvorsitz Ludendorffs hat sich eine deutschvölkische Studentenbewegung aufgetan, die auf die Hochschulen des gesamten deutschen Sprachgebietes ausgedehnt werden soll. Es handelt sich dabei um die Bildung einer extremen Kern- und Stoßtruppe in deutschen Hochschulen zu dem Zweck, alle anderen Tendenzen als die völkischen von Hochschulen fernzuhalten. In diesem Zusammenhang interessiert wohl eine mahnende Zuschrift an der Dienstadt des „Völkischen Kurier“, in der scharf verurteilt wird, daß gerade die völkischen Muffenbühnen in München Abend für Abend in einer Reihe von Bierlokalen sich besaßen, wobei das wilde Gröhlen des Hakenkreuzliedes eine Hauptrolle spielte und von Zeit zu Zeit schwanken stark gekrümmte Gestalten dem Auszug zu, leichenblau, aber mit leuchtender Augenbraue brüllten sie unablässig „Heil Heil“ durch das ganze Lokal. Wahrscheinlich wollen sie ihrer Hoffnung dadurch Ausdruck geben, bei noch Hause zu kommen. Diese Herren Studenten sind nach einem Schreiben Ludendorffs in dem er für den angebotenen und angenommenen Ehrenvorsitz dankt, die Verkünder der völkischen Bewegung, d. h. jener neuen Lebens- und Weltanschauung, die aus den Trümmern des Weltkrieges entstanden ist und das Deutsche Reich stark und frei und zum mächtigsten Träger alles Edlen in der Welt machen soll.

Kahr und seine Freunde.

Nach dem Hofmann das Kreuzige!

Der Sonderberichterstatter des „Völkischen Anzeigers“, der in den Tagen vor dem Ludendorff-Putsch keine Veränderungen an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen entdecken konnte, berichtet seinem Blatt über den Rücktritt Kahrs und Lossows aus München:

... Und so erfährt ich in der Stadt, daß Kahr und Lossow zurückgetreten seien. Der Generalkommissar und sein General. Man muß bekennen, daß die Leute auf den Straßen, die Fahrgäste in der Tram, daß sie alle sich offen darüber freuen. Sehr offen. Hier kann kein Zweifel sein. Und das weiß auch Herr v. Kahr. Man teilte mir mit, daß er vor kurzer Zeit einmal im Staatstheater erschienen, und daß daraufhin ein derartig böser, artiger Lärm einsetzte, und so lange anhielt, bis er die Loge zu räumen gezwungen war.

Es gibt einen traurigen Fehler, den dieser Staatsmann beging. Dieser Fehler allein war entscheidend. Die stillschweigende, innerlich und äußerlich unerschütterliche Elegie, die Kahr in seinem höchsten Moment heute erscheinen läßt, ist ein geradezu peinliches, quälendes Vorbeigerede. Der Generalkommissar hat es nicht zu hindern verstanden, daß die Münchener Bevölkerung und darüber hinaus das ganze hayerische und deutsche Volk den Eindruck eines klaren Trostschlages bekommen. Treubruch aber verzeiht kein Volk ganz gleich, wie die Dinge in Wirklichkeit zu begründen sind. Das Volk ist wie die Frau und das Kind. Seine Erwägungen sind primitiv einfach, aber durchschlagend. Mit elementarer Gewalt vermag es seine Gesinnungen zu wechseln. Wie verandelt sich in Hoch und so konnte aus dem populären Kahr der bestbezahlte Mann werden; der heute nicht frei über die Münchener Straßen gehen darf.

Man kann dem hinzufügen, daß nicht nur die Leute auf der Straße, sondern auch gewisse Zeitungsschreiber und Politiker im Handumdrehen ihre Gesinnung wechseln. Und das sind die Gefährlicheren. Gerade die Leute, die heute über Kahr mit demselben Vergnügen Klatschgeschichten breiten, mit dem sie in den bürgerlichen Sumpfgässchen Thüringens herumwaten, haben vor noch gar nicht langer Zeit Kahr als einen zweiten Bismarck verherrlicht. Die Kampfmittel, mit denen die Deutschnationalen arbeiten, sind weniger durchschlagend als einfältig und peinlich.

Der tapfere Dichter.

Von Joseph Roth.

Die Tradition des polnisch „indifferenten“ deutschen Dichtermannes gebet Schweigen in allen Fragen des öffentlichen Lebens. Vor der Revolution war diese Schweigsamkeit gerade noch vernehmbar, heute ist sie betäubend. Sie überläßt das barbarische Geräusch der Reaktion und den gellenden Todesruf ihrer Opfer. Niemand hat die deutschen Dichter so laut gesprochen, wie sie jetzt schweigen.

Seit Goethe halten sie es für ihre Pflicht, die obligate wirkliche und metaphorische „Reise nach Italien“ zu unternehmen, die eine Pflicht vor Deutschland ist, — aber niemals eine zugestandene. Immer war es eine vorgetäuschte „innere Notwendigkeit“, die verwerflichen, unwürdigen Zustände des nationalen, politischen, sozialen Daseins zu vergessen und von den helleren Himmeln anderer Nationen das sogenannte „innere Gleichgewicht“ zu entnehmen. Ach! wie leicht erhebt man das innere Gleichgewicht! Es wurde wenigstens niemals hörbar erschüttert. Nicht, als Eisner und Landauer, Lugensburg und Viehdnecht und tausende Arbeiter ermordet wurden, nicht, als Fehdenbach ins Zuchthaus wanderte, nicht, als Kahr den Thron „platzhaltend“ bestieg und in München die Republik begraben wurde. Immer sitzen sie in einem Schwabing, die Dichter. Es ist kein geographischer Begriff mehr, sondern ein symbolischer.

Der ruht von der Feier seines eigenen Geburtstages aus und ferner fährt durch die Städte und hält Vorträge über sein offenkundiges Erlebnis. Er wohnt in München und erlebt nicht die Materialisation der Brutalität: Adolf Hitler — sondern die Materialisationsphänomene des Schändens. Aber die phänomenalen Ereignisse der deutschen Reaktion sieht er nicht. Er ist ein „deutscher Dichter“. (Etwas vom Begriff des kaiserlichen Gottesgnadentums hat er seiner „Berufung“ an.)

In Deutschland trennt man „Politik“ von „Poetik“. Der Dichter, aus dem Gefüge seiner Zeit, seiner Klasse gelöst, lebt in einer abstrakten „Heimat“. Kein Wunder, daß ihn die metaphysischen Wunder mehr interessieren, als die irdischen, als diese Geschicknisse: Fehdenbach, München, Diktatur, die dadurch, daß eine Republik ihr Geburtsort ist, wunderbarer werden, als sämtliche Geisteserscheinungen in Deutschland.

Man weiß nicht, ob es Hochmut ist oder Indolenz, dieses peinliche, schmerzhafteste Schweigen. Es ist jedenfalls vorhanden, man hört es und es verurteilt selbst diejenigen, von denen es ausgeht.

Diese Vorrede war notwendig, um eine Erklärung zu erklären, die in allen anderen europäischen Ländern eine Selbstverständlichkeit wäre und bei uns eine Tat ist. Heinrich Mann, seit Jahren der einzige Rufes von Geist im brüllenden Streit der reaktionären Barbaren (des Geopolitikers, des Nationalismus, des völkischen Gedankens), schreibt ein Buch: „Die Diktatur der Vernunft“, in dem folgende Sätze stehen:

„Ihr (der Bürger) Anblick zwingt den Unschuldigsten, zu fragen, was sie denn, außer Rassen, noch können — da sieht er; nichts. Gegen sie waren Konard und Generalstab humanistische Genies. Einer von ihnen hatte gerade mit Hilfe eines Agenten, der vom Balkan kam, die Mehrheit der Aktien einer Berliner Bank heimlich

und hinterücks an sich gebracht. Dann ging er in eins der Parlamente und sprach — der Sach kam vor —: „Ich kann meine Zeit produktiver anwenden, als hier!“ Mit Balkangehässen. Derselbe wurde von einem Berichterstatter gefragt, für wen er eigentlich so unheimlich viel Geld verdiene. Er hätte natürlich lachen müssen: Für den Aufbau der deutschen Wirtschaft. Oder: für Deutschland. Oder: Zum Heil der Welt. Aber nein, er verzog sich. Für wen er so viel Geld verdiene? „Für meine Kinder“ sagte er schlüch.

„Industrielle beider feindlicher Länder fanden sich, nach vollbrachter Tat, dort zusammen, um zu bezeugen, was sie vollbracht hatten. Die Herren verließen ihre starken und glänzenden Autos. Obwohl von feindlicher Herkunft schritten sie im besten Einvernehmen über die Sättel ihres Wagens. Es war ihr gemeinsames Wirken. Die Feindschaft war in Wahrheit Arbeitsgemeinschaft.“

„Es gibt heute kaum noch vorgeschrittene Völkerei, ohne einen gewissen Internationalismus. Er wird bedingt schon durch die Qualität der Nationalisten.“

Wie viele Dichter von Ansehen und Rang schreiben noch so in Deutschland? Wen von ihnen kümmert das Parlament, dieser Stinnes, diese Industrie, dieser Patriotismus? Wäre dieses Buch von Heinrich Mann selbst nicht so geistreich, selbst nicht so von musikalischem Rhythmus, vom edelsten dichterischen Atem durchweht, wie es ist, — es müßte nur als eine deutsche Kuriosität verzeichnet und verbreitet werden, zur Erläuterung der Anständigkeit, zur Beschämung der schweigenden Dichter. Ich fürchte nur: sie werden sich nicht schämen. Auch sie sagen: ihr Reich sei nicht von dieser Welt, und glauben sich dadurch berechtigt, zusehen zu dürfen, wie die anderen getötet werden. In einigen Jahren, wenn die Republik eine Legende geworden, wird sie ihnen das gegebene „distanzierte“ Thema geworden sein. Denn ihr Bild ist so auf die Nachwelt gerichtet, daß sie an dem Untergang der Welt teilhaben werden.

Vertieftes Auslandsstudium.

Diese Hände strecken sich nach Rußland hinüber: Italien hat Anschluss an Rußland gefunden, und England will endlich die Sünden seiner Diplomaten wieder gutmachen und eine feste verbindende Brücke nach Rußland hinüber schlagen. Mit weitestgreifender Energie nimmt England das Studium der slavischen Sprachen, und zwar das nationenwissenschaftliche Studium auf, dem das deutsche Seminar für orientalische Sprachen so glänzenden Bahn gebrochen hat. England hat das „Slawische Institut“ an der Londoner Universität gegründet und betätigt dort die Arbeitsmethode des deutschen Orientalischen Seminars. Sir Bernhard Pares, Professor an diesem „Slawischen Institut“, erklärt das nationenwissenschaftliche Studium für eine Notwendigkeit für die gründliche Information der Regierung und der Öffentlichkeit. Die Erfahrungen des Weltkrieges müsse man sich unbedingt zu nütze machen, und eine Reform des ganzen Sprachstudiums dränge sich unmittelbar der Regierung auf.

Jenseits des Ozeans horcht aber die große angelsächsische Regierung auf dieser europäischen Vorgänge hoch auf und schnell entschlossen, errichtet sie eine besondere Auslandschule zur Vertiefung des Auslandsstudiums.

Deutschland erfreut sich nun seit 1887 einer Hochschule, an der das nationenwissenschaftliche Studium systematisch gepflegt wird: des Seminars für orientalische Sprachen. Dieses Studium dringt planmäßig in die Gegenwartsvorbereitung fremder Völker ein, erforscht die wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Lebensbedingungen dieser Völker und schafft so die Voraussetzungen für ein gezieltes fruchtbares Zusammenarbeiten mit diesen. Das Orientalische Seminar ist das einzige Institut, das an der Hand eines höchst intensiven Sprachenbetriebs eine gründliche Kenntnis des modernen Rußlands vermittelt. Und zu diesem nationenwissenschaftlichen Studium werden an dem Seminar in weitestgehender Weise auch die Männer der wirtschaftlichen Praxis zugelassen, denn die Wünsche deutscher Auslandsinteressen drängen am Herzen liegt.

Heute sind einflussreiche Kreise an der Arbeit, um dieses Institut, das allein im letzten Semester 700 Hörer zählte, systematisch auszubauen. Man lasse sich nicht irreführen: In dem Kampf um sein oder Nichtsein des Orientalischen Seminars handelt es sich nicht um eine kleinliche Streiterei, nicht um ein niedriges Professorengeank, sondern um ein deutsches Lebensinteresse. Will Deutschland keine europäische Kulturmission erfüllen, so muß es in den Gegenwartsvorbereitungen dieser Völker intensiv leben. Das hat Deutschland vor 37 Jahren klar erkannt und die Engländer und Amerikaner sind ihm in dieser Erkenntnis gefolgt. Will Deutschland nun auf einmal den Krebsgang antreten?

Deutsche Handwerkskultur. Die anregende Bedeutung, welche der Ausstellung für deutsche handwerkliche Keramik und Weberei in der Unterrichtsanstalt des staatlichen Kunstgewerbemuseums beigemessen wird, trat anlässlich einer Führung und Aussprache zutage, welche für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur angeschlossenen Verbände stattfand. Der Reichskunstwart Dr. Redlob als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft wies auf die Eigenart der Ausstellung hin, die keine ästhetische Auslese, sondern einen Querschnitt durch die Arbeit der handwerklichen Werkstätten geben wolle, um eine sachliche Grundlage zur Auseinandersetzung mit fremden Problemen des deutschen Handwerks und Kunstgewerbes zu geben. Vertreter des Bundes Deutscher Architekten, vor allem der Vorsitzende der Ortsgruppe Brandenburg, Professor Straumer, betonten den Wert der Ausstellung für den Architekten, der bauend und einrichtend, einen Zusammenhang mit der gesamten Handwerksarbeit brauche. Vom Standpunkt der fernöstlichen Tradition aus wurde die Ausstellung durch den Vorläufer märkischer Töpferkunst, Gerike, Weiten, als ein Markstein bezeichnet, da durch die hier geschaffene Uebersicht die Anregungen auf technischem und künstlerischem Gebiet in der Zeit einer neuen Belebung der handwerklichen Töpferei zum Segen der Hocharbeit nutzbar gemacht werden würden. Weithilich äußerte sich der Leiter der Berliner Werkfachschule Fleming für das textile Gebiet. Außerdem wurde auf die Bedeutung der Veranstaltung für Mode und Frauenhandarbeit hingewiesen. Besonders stark wurde der Wert der ausgestellten Töpfereien für Gartenkunst und Blumenzucht durch den an ihrem Aufbau mitbeteiligten Architekten Körtgen betont. Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Kaiser-Hannover gab

Rechtsregierung in Thüringen?

Weimar, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der ersten Sitzung des dritten Thüringer Landtages wird neben der Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl der Regierung vorgenommen werden. Bei der Präsidentschaftswahl und der Wahl der Regierung wird der völkische Block mit dem Ordnungsbund zusammengehen. Als kommende Minister werden genannt Dr. Sattler, ein ehemaliger Meiningener Landrat, Dr. Döle-Sondershausen und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser-Jena. Die Regierung soll von drei Ministern und vier Staatsräten gebildet werden. Als Staatsräte werden der ehemalige Staatsminister Dr. Paulsen-Weimar, Zell-Wittenburg und Liebetrau-Gotha genannt. Die völkische Fraktion beteiligt sich nicht an der Regierung, will aber eine Regierung unterstützen, die nur aus deutschblütigen, nicht-marxistischen Männern besteht, die national ist, sozial handelt und die christliche Religion in Schule und Haus ohne Unterschied des Bekenntnisses unbedingt schützt.

Der mecklenburgische Landtag.

Das vorläufige Gesamtergebnis der mecklenburgischen Wahlen ergibt:

für die Deutschen 19 Sitze,
die Völkischen 12,
die Volkspartei 5,
Wirtschaftspartei 1,
Demokraten 2,
Sozialdemokraten 15
und Kommunisten 9 Sitze.

Ein Reiseabenteuer Crispiums.

Teilnehmer der Luxemburger Konferenz im besetzten Gebiet verhaftet.

Am letzten Montag passierte eine internationale Gesellschaft von Sozialisten, von der Luxemburger Konferenz kommend, das besetzte Gebiet. Sie bestand — Gen. W. Braun war schon vorausgegangen — aus den Genossen Crispium, Dr. Otto Bauer aus Oesterreich, dem polnischen Abgeordneten Dr. Diamand, den Russen Abramowitsch und Dan und dem Ukrainer Bepalko. Der Regiezug bewegte sich im Schienenverlauf auf Trier, die Genossen unterhielten sich, unbeeinträchtigt um einen Zivillisten, der ihre Gespräche mit gespanntem Interesse belauschte. In Trier forderte der Zivillist in todeslosem Deutsch die Genossen auf, ihre Ausweise vorzuzeigen, und wies sich auf Verlangen selbst als ein Detektiv der französischen Militärpolizei aus. Es folgte ein längeres Verhör; die Genossen erklärten, sie kämen von einer Konferenz der Sozialistischen Internationale in Luxemburg, worauf der Detektiv bemerkte: „Na, das muß ja eine ganz neue Partei sein!“

In Koblenz angekommen, wurde die ganze Gesellschaft verhaftet. Man brachte sie in ein Zimmer, in dem es von deutschsprachenden Jünglingen, sämtlich Angehörige der französischen Polizei, wimmelte. Ihrem Wunsch, dem Bahnhofskommandanten vorgeführt zu werden, wurde nicht stattgegeben, vielmehr erfolgte ein neues hochnotpeinliches Verhör durch einen französischen Polizeikommissar. Sämtliche Gepäckstücke wurden durchwühlt und alle Schriftstücke sorgfältig in Augenschein genommen. Von einer Beschlagnahme wurde erst abgesehen, nachdem die Genossen erklärten hatten, daß sie für diesen Fall die Protokollierung des Inhalts sämtlicher beschlagnahmten Schriftstücke verlangten. Eine Beschwerde über diese Schikanen wurde mit der Bemerkung beantwortet: „Das hätte Ihnen in Bayern oder in Sachsen auch passieren können“, und auf eine Aeußerung, es sei schade, daß die französischen Genossen Brade und Longuet dies nicht miterlebten, ließ es höhnisch: „Brühen Sie Ihren Genossen Longuet!“

Damit waren die Genossen wieder entlassen. Obwohl der unfreiwillige Aufenthalt mehrere Stunden beansprucht hatte, erreichten sie noch den fahrplanmäßigen Zug. Denn die Regiebahn läßt sich Zeit, und man kann im besetzten Gebiet ziemlich lange verhaftet sein, ohne deshalb den nächsten Anschluß zu verpassen.

einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der selbständigen Handwerksbetriebe und berichtet über die entscheidende Forderung, welche die bisher von der Arbeitsgemeinschaft einmündigen Ausstellungen sowie die Begründung einer Handelsgesellschaft für Handwerk und Volkskunst erzielt hatten.

Der Chemiker als Kunsthochschüler. Zum erstenmal ist der Chemiker als Sachverständiger in einem Kunstprozess von ausschlaggebender Bedeutung gemessen. Es handelte sich um ein Werk des französischen Impressionisten Renoir, dessen Echtheit der Käufer vor einem Pariser Gericht angezweifelt. Die chemischen und mikroskopischen Untersuchungen der Farbe, die von den herangezogenen Sachverständigen durchgeführt wurden, zeigten, daß Farbe und Material nicht zu Renoirs Stil stimmten, und daraufhin wurde dem Käufer das Recht des Schadenersatzes dem Verkäufer gegenüber zugesprochen.

Amerikanische Quacksalber. Aus New York wird der Tod eines Mannes gemeldet, der vor einigen Jahren durch seine zahlreichen Wunderkuren in der ganzen Welt von sich reden gemacht hat. Es war ein Dr. Abram, ein Wortführer der elektrischen Heilpraktiker, und ein Mann, der sich ausgezeichnet auf Reklame verstand. Vor etwa zehn Jahren hatte Dr. Abram einen „elektrisch-dia-gnostischen Apparat“ erfunden, der angeblich sogar in den schwierigsten Fällen die richtige Diagnose stellen konnte. Da er sich weigerte, das Geheimnis seines Apparates zu verraten und auch einer Aufforderung, die Konstruktion in einem Vertriebsblatt darzulegen, nicht nachkam, wurde er öffentlich für einen Schwindler erklärt und von seinen Kollegen boykottiert. Aber das Mißtrauen der Wissenschaft konnte das Vertrauen des Publikums nicht erschüttern, und in sein Wohnzimmer strömten tagaus, tagein Hunderte von Kranken. Er war seinerzeit der gefuchteste Arzt von New York. Nach seiner Theorie bestanden alle Krankheiten in Störungen der „elektrischen Energie“ des Blutes; er behauptete, sein Apparat verzeichne alle diese Störungen und stelle sofort die richtige Diagnose. Er wollte sogar mit diesem Apparat feststellen können, welcher Rasse und Religion seine Patienten angehören. Endlich fand ein berühmter Arzt in San Francisco unter solcher Angabe eine Blutprobe zur Untersuchung an Dr. Abram, der auch prompt ein Duzend Krankheiten des „Patienten“ aufzählte. Am Tage nach dem Empfang dieser Diagnose veröffentlichte der Arzt das Schreiben Abrams in den Blättern und teilte gleichzeitig mit, daß die Blutprobe gar nicht von einem Menschen, sondern von einem Huhn stammte.

Gemeinschaft protestantischer Musikanten. Am Freitag, den 22. und Samstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, findet in der Singakademie (Königsplatz) das zweite Chor-Konzert statt. Ausführende Mitglieder: Chor-Verlin und die Männer (Chor) unter Leitung von Julius Lorenz. Das Programm hat mal Höhe von Mendelssohn, Domini, von Heinrich Schütz die biblischen Szenen. Karten bei Dörsch, Angelier 2/24.

Der Schachverband deutscher Schachspieler hat in seiner Hauptversammlung den neuen Vorstand für das Jahr 1924 gewählt: 1. Vor. Dr. Alfred Zöllner, 2. Vor. Dr. Theodor Dörmig, 1. Schach. Karl Ernst Ruge, 2. Schach. Dr. Leon Seifert, 1. Schach. Dr. Karl Bauer, 2. Schach. Rudolf Leonhard, Reichler: Robert Deiner, Dr. Hugo Dörmig, Dr. Romy Saccó, Hermann Riessl, Heber von Jobert.

Wie ein Hund behandelt...

Die Arbeiterflucht aus dem Zentrum.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Das Zentrum wird bei den kommenden Wahlen einen sehr schweren Stand haben. In den christlichen Gewerkschaften des Industriegebietes gärt es schon seit geraumer Zeit, besonders seit Abbruch des passiven Widerstandes. Erst in den letzten Tagen wurden wieder verschiedene Entlassungen der christlichen Arbeiter bekannt, die sich gegen die unternehmerfreundliche Politik des Reichsarbeitsministers wenden. Was die christlichen Arbeiter aber besonders scharf gegen ihre Führer in den Gewerkschaften aufbraut, ist vor allen Dingen deren völliges Versagen in der Frage des Achtstundentags. Aus dieser erregten Stimmung heraus ist die „Christlich-soziale Volksgemeinschaft“, das neue Parteigebilde der christlichen Arbeiter, gegen den rechten Flügel der Zentrumspartei entstanden. Eine am 10. Februar in Essen stattgefundene große Kundgebung hat gezeigt, daß die neue Partei der christlichen Arbeiter dem Zentrum sehr gefährlich werden kann und daß sie bis zu den nächsten Wahlen schon eine ansehnliche Gefolgschaft hinter sich haben dürfte. In dem zweimal wöchentlich in Dortmund erscheinenden Organ der neuen Partei wird die erbeiterfeindliche Politik des Zentrums besonders scharf gebrandmarkt. Wie breit der Riß bereits läuft, zeigt ein Beitariffel, in dem es u. a. heißt:

„Was haben die katholischen Arbeiter im Zentrum erreicht in ihrem Streben um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Höherwertung? Man komme doch da nicht immer mit den alten, abgelebten Agitationsphrasen von der sozialen Fürsorgefertigkeit, die durch das Zentrum geleistet worden sei, und betone dann aber bittend und offen, ob nicht irgendwo besondere Absichten damit ausschlaggebend waren. Jedenfalls dürfen wir mit Fug und Recht behaupten, daß selbst heute auch im Zentrum der Arbeiter mehr eine Sackgasse ist, die man notwendig braucht, als etwas Neues, gleichberechtigtes Glied. Im übrigen verstehen wir eine andere „Belehrung“ als wie sie mancherorts üblich zu sein scheint, wo man den Mitgliedern erklärt, „Armut ist ein Geschenk Gottes!“ „Sich sind die Armen im Geiste!“ Solche „Belehrung“ ist alles andere als angepaßt in einer Zeit, in der das Schaffende Volk vor Elend nicht ein noch aus weiß.“

Das plötzliche Vergehen des Gewerkschafts-Christlicher Bergarbeiter gegen den Reichsarbeitsminister wegen seiner Stellungnahme in der Frage des Lohnabbaus und der Schichtverlängerung zeigt ebenfalls, wie groß der Riß im Zentrum bereits geworden ist. Der Gewerkschaftsleiter legt z. B. gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspräsidenten Vermahrung ein und befehlt den Reichsarbeitsminister, daß es seine Pflicht sei, in sozialem Geist zu wirken und eine zu weit gehende Ausbeutung der im Augenblick wirtschaftlich schwachen Bergarbeiter zu verhindern! Unter der Ueberschrift „Die Wälderherrschafft im Ruhrbergbau“ schreibt „Der christliche Bergknappe“ in diesem Zusammenhang u. a.:

„Auf den Felsen herrscht das Scharfmachertum wie selten zuvor. Die Brutalität der Unternehmer nimmt immer schärfere Formen an. Der hungrige Bergmann wird wie ein Hund behandelt. Die vorhandene Ratione wird zu trüffelreicher Ausbeutung der Bergleute ausgenutzt. Wer gegen die Wälderherrschafft Front macht, wird brutal auf die Straße geworfen. So können die Dinge nicht weitergehen.“

Was die Forderungswahligen den Bergarbeitern zurzeit zu bieten wagen, ist eben auch den Christlichen allmählich zu viel. Hat doch dieser Lage beispielsweise der Mülheimer Bergwerksverein (Zeche Hagenbeck) sich nicht gekümmert, den Invaliden und Witwen des Werkes, die bislang Hausbrandholz bezogen, einfach die Kohle zu entziehen. Das ist der Dank für die opferwillige Teilnahme der Bergarbeiter am Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Der durch die Brutalität der Unternehmer erzeugten Stimmung unter den Bergarbeitern sucht die „Christlich-soziale Volksgemeinschaft“ nun gegen das Zentrum Rechnung zu tragen. In ihrem Programm wird ein entschiedenes Bekenntnis zur demokratisch-republikanischen Staatsverfassung abgelegt. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird grundsätzlich der Abbau der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Ueberführung der Produktion auf das Genossenschaftsprinzip gefordert. Weitere Forderungen sind: Sicherung des Koalitionsrechts, ausreichender Arbeiterschutz, Sicherstellung eines unbedingt ausreichenden Einkommens, die Durchführung einer gerechten Steuerreform, entscheidende Mitwirkung von Laienrichtern unter Abkehrung jeglicher Klassenjustiz und tatkräftiges Eintreten für allgemeine Wählervereinhaltung im Geiste des christlichen Sozialismus.

Geißelsystem in der Pfalz.

Landau, 19. Februar. (WTB.) Das Bürgermeisteramt von Landau ruhte am 16. Februar folgende Bekanntmachung erlassen:

„Bekanntmachung des Delegierten der Interalliierten Rheinlandkommission! In Landau wurde dem Bürgermeisteramt eröffnet, daß eine Liste von Geißeln aufgestellt worden ist, die für die Sicherheit der Separatisten, ihrer Familien und ihres Eigentums hofien. Die Namen der Geißeln wurden nicht angegeben. Die Liste weist einen Bürgermeister, einen Apotheker, einen Rechtsanwalt, einen Zeitungsvorleger, einen Notar und einen Stadtrat auf. Für Tumult- und Aufruhrschäden wird die Stadt Landau mit ihrem gesamten Vermögen haftbar gemacht. Im Hinblick auf diese Maßnahmen wird die Bevölkerung ersucht, die Ruhe und Ordnung nicht zu stören.“

Es ist bemerkenswert, daß die Geißeln sämtlich Personen sind, die anlässlich des Empanges der Platzverweise durch General-Konsul Cliche seinerzeit energisch gegen den Separatistenterror gesprochen haben. Bei der Bevölkerung herrscht die größte Bestürzung.

Bestimmungen der Rheinlandkommission.

Koblenz, 19. Februar. (WTB.) Die Rheinlandkommission veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Das durch die Oberkommission in der Pfalz eingesetzte interalliierte Spezialkomitee hat im Einvernehmen mit dem Kreisrat die dringlichsten Maßnahmen bezüglich der Wiederherstellung der Ordnung und der öffentlichen Verwaltung geprüft. Der ständige Ausschuss des Kreisratstages hat die Aufgaben beauftragt, die er provisorisch übernommen hat, sowie die Verantwortung, die er der Befehlshaberbehörde gegenüber auf sich genommen hat.

1. Jeder Akt der Repressalie, wie immer er auch beschaffen und gegen welche Partei auch immer er gerichtet sein mag, ist strengstens untersagt und zieht keine Urheber Strafmahnahmen seitens der alliierten sowie auch der deutschen Behörden aus.

2. Die Entwaffnung der Bevölkerung wird auf das strengste weiter durchgeführt. Das Tragen und der Besitz von Waffen im Widerspruch mit den Bestimmungen der Verordnung der Kommission wird durch die in Kraft befindlichen Strossbestimmungen geahndet.

3. Die Aufmerksamkeit sämtlicher Behörden sowie der Bevölkerung wird auf die Bestimmungen der Verordnungen der Rheinlandkommission gelenkt, besonders bezüglich der persönlichen Ver-

einigungen in der Verordnung 245, die im Artikel 1 folgendes bestimmt: Es sind mit voller Befehlskraft alle Vereinigungen, deren Zweck oder Tätigkeit gegen die öffentliche Ruhe, Sicherheit oder gegen die Armeegericht sind, verboten.

Die Reichseinnahmen im Januar.

Die Januareinnahmen spiegeln die ungeheure Arbeitslosigkeit im Rückgang der Reichseinnahmen aus Lohnsteuer wider, auf der anderen Seite zeigt sie die Riesenlast der Umsatzsteuer und — was erfreulich ist, das Ansteigen so mancher jahrelang bedeutungslosen Steuereinnahme, die erst durch die von der Sozialdemokratie dauernd verlangte Stabilisierung der Mark begünstigt, realen Wert zu bekommen.

Uebersicht der Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Januar 1924.

(Die Angaben einer Anzahl Klassen des besetzten Gebietes fehlen.)

Bezeichnung der Einnahmen	Einkommen sind in Goldmark
A. Besitz- und Verkehrssteuern.	
a) Fortdauernde Steuern.	
Einkommensteuer: a) aus Lohnabzügen	74 716 806
b) andere	90 079 723
Körperschaftsteuer	24 902 988
Steuerabzug vom Kapitalertrag	114 402
Kapitalertragsteuer	8 162
Reichsmonopol	19 650
Abgabe nach § 37 des Vermögenssteuergesetzes	8 142
Vermögenssteuer nebst Aufschlag	21 409
Vermögenszuwachssteuer	—
Besitzsteuer	308
Erbsteuer	112 554
Umsatzsteuer: a) allgemeine	98 407 946
b) erhöhte	5 787 457
Grundsteuer	659 703
Kapitalverkehrssteuer: a) Gesellschaftsteuer	2 902 889
b) Wertpapiersteuer	415 401
c) Börsenumsatzsteuer	22 683 880
d) Aufsichtsteuer	212 324
Kraftfahrzeugsteuer	1 271 551
Versicherungssteuer	1 759 844
Rennt- und Lotteriesteuer: a) Totalisatorsteuer	16 331
b) andere Renntsteuer	97 507
c) Lotteriesteuer	206 495
Wohlfühlsteuer	3 842 730
Stempel von Frachtturkunden	—
Beförderungsteuer: a) Personenbeförderung	387 314
b) Güterbeförderung	1 728 175
Zuwachssteuer	—
Reichssteuerabgaben von:	—
a) Gewinnanteilschein- und Zinsbogen	—
b) Geldumlagen	—
c) Grundstücksübertragungen	—
Summe a 840 871 601	

b) Einmalige Steuern.	
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	2 504
Außerordentliche Kriegsabgabe von 1919	690
Beibrückung	6
Rhein-Auhr-Abgabe:	—
a) von Einkommensteuerpflichtigen	54 856 501
b) von Körperschaftsteuerpflichtigen	16 169 908
c) von Kraftfahrzeugsteuerpflichtigen	256 239
Außerordentliche Abgabe von Betrieben:	—
a) Arbeitgeberabgabe	9 679 059
b) Landabgabe	1 722 246
Summe b 82 187 459	
Summe A 422 659 091	

B. Zölle und Verbrauchssteuern.	
Zölle	9 638 300
Köfiensteuer	84 500
Zaktabsteuer:	—
a) Zaktabsteuer	4 104 811
b) Zaktabsteuerzuschlag	623
c) Zaktabsteuerzuschlag	1 659
Viersteuer	7 938 684
Weinsteuer	4 897 249
Mineralwassersteuer	29
Aus dem Branntweinmonopol:	
a) Einnahme aus der Branntweinverwertung	3 421 504
b) Freigeib	2 108
Eisigsteuer	49 412
Gudersteuer	8 778 054
Salzsteuer	1 502 142
Händewarensteuer	417 918
Lebensmittelsteuer	198 998
Spielartensteuer	46 220
Statistische Gebühr	101 557
Aus dem Süßstoffmonopol	44 859
Summe B 41 226 763	

C. Sonstige Abgaben.	
Ausfuhrabgaben des Reichsfinanzministeriums	104 869
Ausfuhrabgaben des Reichswirtschaftsministeriums	21 894
Wortverforgungsabgabe	89 760 588
Summe C 89 678 064	
Summe A-C 593 463 968	

Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, Brotabgabe und Börsenumsatzsteuer bildeten im Januar 1924 die Haupteinnahmequellen des Reichs. Viele Steuern — man betrachte im besonderen die Zölle und Verbrauchssteuern — bringen auch heute noch kaum die Kosten für einige Finanzbeamte auf. Dennoch hört man nichts von einer vernunftgemäßen Wende.

Bei der Uebersicht der Reichseinnahmen ist naturgemäß nicht erkennbar, was davon im besonderen von den wichtigsten Steuern die Länder abfließt. Durch die dritte Steuerreformordnung werden die Ueberschüsse wesentlich erhöht. Daneben bekommen die breiten Massen zu den Reichsteuern im besonderen die Mietzinssteuer aufgegeben. Sie wird voraussichtlich ebensoviel ausmachen wie die Lohn- und Gehaltsbesteuerung!

Gegenüber dem Dezember sind die Reichseinnahmen im Januar beachtlich gestiegen. Sie betragen damals 312 Goldmillionen, dagegen im Januar rund 504 Goldmillionen.

Konflikt in der Arbeiterpartei?

London, 19. Februar. (WTB.) Heute erfolgte im Unterhaus die erste offene Herausforderung an die Regierungsbank durch die radikalen schottischen Mitglieder der Arbeiterpartei, die Protest erhoben, daß die Reihenfolge der Fragen so geordnet worden sei, daß die Fragen der schottischen Mitglieder nicht erledigt würden. Buchanan, eines der Glasgower Mitglieder, fragte unter Heiterkeit der Opposition, ob die Regierung, nachdem sie die schottischen Mitglieder beleidigt habe, indem sie ihre Vertretung auf der Regierungsbank auf zwei Mitglieder beschränkt habe, versuchen werde, einen Tag in jeder Woche zu bestimmen, wo schottische Mitglieder ihre Fragen mündlich beantwortet erhalten könnten.

Gewerkschaftsbewegung

Einheitsfront in der Hand- und Kopfarbeiter-Union.

Bei uns liegt die Abschrift eines Schreibens der Reichszentrale der Union in Sachsen an das Zollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau. Darin wird Klage geführt gegen das Mitteleuropäische Bureau und das Zollzugsbureau der I. S., weil jenes Einverständnis die Reichsgewerkschafts-Abteilung der I. S., einen Max Müller nach Westfalen geschickt hat, der eine Verbindung mit Gustav Sobotta in Bochum einen neuen Baden aufgemacht hat.

In Bochum befindet sich eine Zentrale, bestehend aus zwei erfolgten Angehörigen, während in Westfalen ebenfalls eine Zentrale besteht, die sich als eine Körperschaft gläubigen der reichsmündigen Zentrale zu sein. Die Bochumer Zentrale gibt eine Zeitung heraus, die Beschimpfungen und Verleumdungen in sich birgt. Die Westfälischen Zentrale muß auf die Angriffe... antworten.

Das Vorgehen Müllers wird als ein „offener Verrat“ an der deutschen revolutionären Bewegung bezeichnet.

Weiter wird darüber gesagt, daß im übrigen Deutschland führende Genossen der I. S., verlorne Mitglieder der Union den I. S. genossen zuzuführen. „Das ist in Leipzig durch ein Genossen Schändel geschehen, in Oberschlesien durch ein Genossen Krenzel und Smolka, im Vorwoer Braunloshofen durch den Genossen Hücker. Welche Tendenz werden uns in dem niederschlesischen Kohlengebiet und aus dem Hammer Gebiet in Westfalen gemeldet.“

„Für mich, daß unsere Organisation eine Reichsorganisation ist, demnach haben rheinische I. S.-Mitglieder nicht das Recht, Zentralmilitärs abzugeben, sondern darüber muß der gesamte Reichswirtschaftsrat sprechen. Wie schon angedeutet, glauben die rheinischen I. S.-Mitglieder die Befugnisse zu besitzen, die Reichszentrale auszuwählen, den Bezirksleiter sowie sämtliche Agitationsbezirksleiter unseres rheinisch-westfälischen Bezirkes ihres Amtes zu entheben. Dieser Schritt bedeutet, über die Hälfte der verantwortlichen Funktionen der Gesamtsorganisation auszuweisen. Dieser Schritt stellt de facto die Spaltung der Organisation dar. Der Genosse Müller tat diesen Schritt, wie er sagte, im Auftrage des I. S., M. sah dann in Bochum eine neue Bezirksleitung ein und begann von dort aus eine äußerst verzehrende und organisatorischschädigende Arbeit. Müller verbande Rundschreiben, welche auf schwerste unsere Hauptfunktionäre kompromittierten. Er sandte sie an die „Funktionäre“, die seit einem Jahr nicht mehr Mitglied unserer Organisation sind, sondern in den alten Bergarbeiterverband zurückgegangen sind. Damit sind diese Schreiben in die Hände der Arbeitsgemeinschaftler gefallen.“

Das Moskauer Bureau soll auf dem schnellsten Wege einen kompetenten Vertreter entsenden. „Da wir in den best geführten Verhandlungen mit den deutschen Genossen die besten Erfahrungen gemacht haben, bitten wir euch, einen autorisierten, im Präsidium des Zollzugsbureaus der I. S. sitzenden ausländischen Genossen zu entsenden.“ Zu eventuellen Verhandlungen sind Vossler, Geisenrichen und H. Meyer-Berlin beauftragt.

Es lohnt nicht auf die häuslichen Differenzen zwischen Bochum und Westfalen näher einzugehen. Wir wollten nur einmal zeigen, wie es um die „Einheitsfront“ in der „revolutionären Bewegung“ bestellt ist.

Beiratsstagung der Fabrikarbeiter.

Auf der 7. Beiratsstagung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands am 10. und 11. Februar in Hannover wurden außerordentlich wichtige, in das Leben der Organisation tief einschneidende Beschlüsse gefaßt.

Der planmäßige Versuch der kommunistischen Gewerkschaftszersplitterung, ihren Einfluß im Fabrikarbeiterverband auszuweiten, hat in einigen seiner Verwaltungen zu Zuständen geführt, die mit einer glatten Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes unverträglich sind. Die Weimarer Konferenz der parteikommunistischen Gewerkschaftsverfechter haben diesen Bestrebungen einen stärkeren Antrieb gegeben. Diese Vorgänge veranlaßten den Verbandsvorsitzenden hiermit, dem Verbandsbeirat die Frage vorzulegen, ob der von den Verbandsmitgliedern gewählte und ihnen verantwortliche Verband im Fabrikarbeiterverband bestimmen soll oder eine unbenannte parteikommunistische Zelle, die es als ihr Ziel und ihre berufliche Aufgabe betrachtet, in die jahrzehntelange mühselige Arbeit aufgebaute Organisation zu zerfallen. Die Antwort, die der Verbandsbeirat darauf gab, war die erneute Befestigung der auf der 2. Beiratsstagung 1921 angenommenen Richtlinien, die unter Berücksichtigung neuerer Vorgänge abgeändert wurden und deren schriftliche Anerkennung als Bedingung für die lohnungsgemäße Bekräftigung der zahllosen Forderungen durch den Hauptvorstand gefordert wird. In den Richtlinien, die acht Punkte enthalten, wird verlangt die unbedingte Anerkennung des Statuts, des Streikreglements, die Durchführung der Beiratsstagen- und Beiratsbeschlüsse und aller Verbandshandlungen nach den Weisungen des Hauptvorstandes und der dazu beauftragten Gausleitungen sowie der allgemeinen Gewerkschaftshandlungen nach den Anweisungen des A. O. B. und des dazu beauftragten Ortsauschusses. Die wichtigsten Bedingungen enthalten die Punkte 4 und 5 der Richtlinien, die folgenden Wortlaut haben:

„Ablehnung jeder Verbindung mit der kommunistischen Gewerkschaftszentrale und mit Einrichtungen, die in diesem Sinne arbeiten sowie Verweigerung von Geldmitteln für diese Ablehnung der Befolgung von Beschlüssen, die nicht vom Fabrikarbeiterverband und seinen Körperschaften oder dem A. O. B. und seinen beauftragten Untergruppen, sondern von Vereinigungen ausgehen, die außerhalb des Verbandes stehen und den Beschlüssen des Verbandes oder des A. O. B. entgegenwirken. Ablehnung von Anweisungen und Richtlinien für die gewerkschaftliche Tätigkeit durch politische Parteien, Gruppen oder deren Gründungen.“

Eine andere wichtige Entscheidung war die Ablehnung der von den Arbeitgeberern vorgeschlagenen Zusatzvereinbarung zum Reichsgewerkschaftsvertrag für die chemische Industrie vom 19. Juli 1919, wonach die Arbeitszeit, sobald die Verhältnisse es erfordern, im Berechnen mit den Betriebsverrichtungen auf 9 bzw. 10 Stunden verlängert und in kontinuierlichen Betrieben an Stelle der Achtstundenschicht die Zwölfstundenschicht eingeführt werden soll. Dieser Entscheidung ging eine Aussprache voraus, in der sich der allergrößte Teil der Redner für die Ablehnung des Vorschlages der Unternehmer einsetzten. Betont wurde hierbei, daß der Verband keine Zustimmung zu einer Vereinbarung nicht geben könne, die zu einer Wiedereinführung der Bierundachtzigstundenschicht in den gesundheitsgefährlichen Betrieben der chemischen Industrie führt.

Um die finanzielle Widerstandskraft des Verbandes zu stärken, wurde eine Neuregelung der Beiträge beschlossen. Der wöchentliche Beitrag richtet sich nach der Lohnhöhe und beträgt als Mindestbeitrag bei einem Stundenverdienst von 15 Pf. 20 Pf., bei einem Stundenverdienst von 16 bis 25 Pf. 30 Pf. usw. bis zu 100 Pf. Höchstbeitrag. Der Beitrag beauftragte den Vorstand, ihm bei einer Besserung der Finanzen des Verbandes Vorschläge auf Erhöhung der Unterhaltungsbeiträge zu unterbreiten.

Nach einem Referat des Sekretärs der Rechtsabteilung zum Hauptvorstand, Kollegen Schmidt, über: „Forderungen zum Arbeitsrecht und zur Sozialversicherung“ nahm der Verbandsbeirat eine Entschließung an, in der scharf, grundsätzliche Kritik an dem Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes geübt und ein einheitliches Arbeitsrecht, Arbeitsgerichte auf der Grundlage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, zeitgemäßer Arbeitschutz, besonders in die in gesundheitsgefährlichen Betrieben Beschäftigten gefordert wurde.

Der Verbandsvorsitzende Brey konnte am Schluß der Tagung feststellen, daß die Verhandlungen vom Geiste größter Sachlichkeit und von dem Bestreben getragen waren, das organisatorische Gefüge des Verbandes zu festigen. Sein Schlusswort klang in die Aufforderung aus, in der Vorbereitung für den Verband nicht zu erlahmen und die gewerkschaftlichen Erfolge des Verbandes agitatorisch auszuwerten.

Konflikt in der Margarineindustrie.

Die Organisationen der Handwerker und Maschinenisten in der margarineherstellenden Industrie hatten nach vergeblichen Verhandlungen von Partei zu Partei durch den Schlichtungsausschuss einen Spruch bekommen, der den Handwertern 15 Proz. über die Löhne der Fabrikarbeiter, abgerundet auf 60 Pf., für die Zeit vom 1. Februar bis 31. März brachte. In der schriftlichen Aus-

POSTABONNENTEN

Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt und eine Unterbrechung der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges sofort bei seinem zuständigen Postamt vornehmen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

fertigung dieses Spruches versäumte es aber Gewerbe- rat Körner, der Vorsitzende der Kammer, die Geltungsdauer anzugeben. Die Arbeitgeber hatten schon erklärt, daß sie den Schiedsspruch ablehnen. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter Wessel bemühte dieser sich um eine Einigung auf der Basis von 58 Pf. pro Stunde. Auch dieser Vorschlag scheiterte an dem Starrsinn der Unternehmer. Der Schlichter erklärte nunmehr den Schiedsspruch für verbindlich. Nun stellte sich heraus, daß die Unternehmer am selben Tage das Lohnabkommen gekündigt hatten mit der Begründung, der Schiedsspruch sehe keine Befristung vor. Die Handwerker der Industrie haben nun allerlei Weiterungen bei der Auszahlung der Löhne, trotz der Verbindlichkeitserklärung. Den Organisationen erwächst aus der Unachtsamkeit des Herrn Gewerbe- rats Körner viel Arbeit und Zeitverlust, ehe die Angelegenheit wieder eingereicht werden kann.

Eine Versammlung der in Betracht kommenden Handwerker und Maschinenisten billigte nach einem Bericht Dietrichs vom Metallarbeiterverband die Tätigkeit der Organisationen. Es kam zum Ausdruck, daß die Margarineindustrie keine Ursache zum Klagen habe, da sie in der Inflationszeit große Gewinne gemacht habe, die sie in den Stand setzte, die elendeste Kumpellammer zu einer Fabrik auszubauen. Die Handwerker sind gewillt, ihre Rechte aus dem verbindlichen Schiedsspruch durchzusetzen. Dietrich machte darauf aufmerksam, daß kein Unternehmer das Recht hat, etwa durch eine von den Arbeitern geforderte Unterschrift unter diktatorisch festgesetzte Bedingungen, den Schiedsspruch außer Kraft zu setzen. Dahingehende Besuche der Arbeitgeber sind abzulehnen.

Über den Schiedsspruch des Gewerbe- rats Körner waltete ein Unstern. In Nr. 79 des „Vorwärts“ mußten wir berichten, daß ein Schiedsspruch für die Textilarbeiter nicht befristet wurde und diese Unterlassung nachträglich wettzumachen versucht wurde durch eigenmächtige Begrenzung der Dauer bis zum 31. März. In diesem Falle ist der Schiedsspruch ordnungsmäßig befristet, bei der schriftlichen Ausfertigung aber der Fehler gemacht worden, die Fristenangebe fortzulassen. Es ist wohl mehr Zufall, daß in beiden Fällen die Fehler zum Nachteil der Arbeitnehmer unterließen. Jedenfalls wird sich Herr Gewerbe- rat Körner angewöhnen müssen, mit der gehörigen Sorgfalt zu verfahren, damit seine Schiedssprüche allein schon wegen Formfehlern nicht Objekt neuer Greiflichkeiten werden.

Zum Streikbeschluss im Buttergroßhandel.

Die Lagerarbeiter und Ausfächer im Buttergroßhandel haben gestern abend in einer Versammlung zu dem Ergebnis der Verhandlungen, die von dem Schlichter für Groß-Berlin geführt wurden, Stellung genommen. Vollmeier vom Deutschen Verkehrsband gab den Bericht und teilte mit, daß die Arbeitgeber die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs beantragt hätten. Es wurde nach längeren Verhandlungen eine Verständigung dahin gehend erzielt, daß die Arbeitnehmer den Schiedsspruch anerkennen mit der Maßgabe, daß ab 1. Februar pro Woche 24 M. gezahlt werden. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß über die Regelung der Löhne, Ueberstunden und Arbeitszeit umgehend neue Verhandlungen aufgenommen werden sollen.

Nach einer äußerst lebhaften Aussprache, in welcher betont wurde, daß wohl der Streikbeschluss im Augenblick für aufzudecken gilt, jedoch erst in den nächsten Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit und Ueberstunden die schwierigste Aufgabe mit zu lösen sein wird, erlaunte die Versammlung an, daß die Organisationsleitung sofort wieder alle Maßnahmen zu ergreifen hat, falls die Verhandlungen wieder scheitern sollten.

Die arbeiterfeindliche Stern A.-G.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit tauchen in Berlin eine ganze Reihe von Restaurationsbetrieben auf, die gleichzeitig „Fleischereien“ eingerichtet haben. Diese, von der Stern A.-G. eingerichteten Betriebe sind folgende: Café Stern, Oranienburger Tor, Ecke Friedrichstraße, Café Ivohl, Chausseest. 25, Wiener Café, Potsdamer Str. 59, Café Sorent, Hochbahnhof Schlesisches Tor. Die verantwortlichen Leiter der Firma führen sich als die brutalsten Vertreter des „Herrn-im-Haue-Standpunktes“ gegenüber ihren Arbeitern auf. Für die Arbeitnehmer gibt es keinerlei Rechte, sondern nur Pflichten. Die Arbeitszeit beträgt bis zu 16 Stunden täglich. Tariflöhne werden nicht gezahlt. Das Personal bekommt man durch Zeitungsannoncen oder aber durch die gelben Arbeitsnachweise. Selbstverständlich ist auch kein Betriebsrat vorhanden. Verhandlungen mit der Gewerkschaft ist man stets aus dem Wege gegangen, auch die Schreiben des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten werden nicht beantwortet. Einem Vertreter des Verbandes wurde in grober Weise die Tür gewiesen. Trotzdem erwartet die Stern A.-G. den Belug ihrer Betriebe durch die Arbeiterschaft. Damit der Stern A.-G. der nötige Respekt vor der Arbeiterbewegung beigebracht wird, hat der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten diesen Betrieb gesperrt. Die Arbeiterschaft wird in einer am Mittwochabend in der Bismarckstraße 2 stattfindenden Versammlung zu einer eventuellen Arbeitsniederlegung Stellung nehmen.

Ein hitziger Kachelofenfabrikant.

Der Provinzialverband Brandenburg der Kachelofenfabrikanten hatte bei den letzten Verhandlungen schon die Absicht, statt des Achtstundentages eine 9-10stündige Arbeitszeit in den Kachelofenfabriken einzuführen. Damals wurde dies abgelehnt, weil der Schlichtungsausschuss in Potsdam in seiner Zusammenkunft grundsätzlich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit war und die Arbeitgeber keine gewichtigen Gründe für ihr Anerkennen bringen konnten. Die Arbeitnehmer nahmen an, daß damit die Angelegenheit erledigt wäre.

Der Kachelofenfabrikant Max Wallnig, Berlin, Ofenfabrik Beselesang, glaubt nun, selbst einen Vorstoß wagen zu müssen. Er

unterbreitet seinen in Beselesang Beschäftigten folgendes lustige Schreiben zur Anerkennung:

„Im Einvernehmen des Kachelofenfabrikanten-Verbandes kündigt die Firma M. Wallnig, Ofenfabrik Beselesang, ihren Arbeitnehmern das Arbeitszeitgesetz; und erklären nachfolgende Arbeitnehmer durch ihre Unterschrift, hiervon Kenntnis genommen zu haben.“

Beselesang, den 16. Februar 1924.“

Die dort Beschäftigten lebten natürlich ab, einen derartigen Unfug zu unterschreiben. Sie sind darauf kurzerhand am Montag früh entlassen worden. Dem Organisationsvertreter Genossen Krenzy, der am Dienstag früh telefonisch sich mit Wallnig auseinandersetzen wollte, wurden bayerische Tüchtigkeit, Verbandsdistanz und ähnliche Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen. Um dem temperamentvollen Herrn zu zeigen, daß den Arbeitnehmern nicht alles geboten werden darf, sperren wir hiermit die Firma Wallnig, Ofenfabrik Beselesang, und erlauben alle Kollegen, diesen Betrieb bis zur Befreiung der Sperrung zu meiden.

Deutscher Völkerverein, Fachgruppe der Töpfer.

Schiedsspruch im Erfelder Textilarbeiterstreik.

Am Montag fanden in Erfeld im Rathaus vor der Schlichtungskammer mehrstündige Beratungen statt. Die Textilindustrie statt. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Arbeitszeit grundsätzlich 48 Stunden der Woche beträgt. Um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu heben, ist zur Anordnung der Betriebsleiter eine Mehrarbeit bis zu sechs Stunden in der Woche zu leisten. Als Stücklohn sind 51 Pfennige vorgelesen.

Der englische Dackarbeiterstreik.

London, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Dackarbeiterstreik dürfte voraussichtlich infolge der Vermittlung der Regierung in kurzer Zeit beigelegt werden. Vorläufig macht sich jedoch noch in allen englischen Häfen eine Versäuerung des Streiks bemerkbar. In London steigen die Rohrzugmittelpreise fortgesetzt. Die Lebensmittelversorgung wird schwieriger. Die Bemüderung der Bevölkerung durch den Zwischenhandel hat bereits die Strafgerichte in Bewegung gesetzt. Für Dienstag wurden alle Vorstellungen in den öffentlichen Theatern untersagt. Das für die Bekämpfung des Dackarbeiterstreiks eingesetzte Schiedsgericht wird am Mittwoch zusammen treten und seine Beschlüsse für die Beendigung des Streiks durchzusetzen versuchen. Bis jetzt haben weder die Angestellten noch die Arbeiter die Vermittlungsvorschläge angenommen. Die Angestellten bestehen nach wie vor auf einer Erhöhung von 2 Schilling pro Tag. Auch die Arbeiter verteidigen ihre Lohnforderung nach wie vor als gerecht.

Wachtung, Glasarbeiter! Bei der Firma J. Solomonis, Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 133/36, sind wegen Umgehung des Arbeitsnachweises durch die Firma Differenzen in der Glaschleiferei ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Streik auf den Hamburger Flusshauswerften. Die auf den Hamburger Flusshauswerften beschäftigten Arbeiter hatten eine Forderung von 45 auf 60 Pfennige je Stunde verlangt. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebern als unannehmbar abgelehnt. Auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses erklärten sich die Arbeitgeber zu nachmaligen Verhandlungen bereit, verlangten jedoch eine Verlängerung der Arbeitszeit bei einer etwaigen Lohnhöhung. Diese Forderung wurde von den Arbeitern zurückgewiesen und in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen.

A. O. B. - Mitteilungen. Funktionärerversammlung heute abend 7 Uhr in den Rauhstrichen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (Fischer-Saal). Tagesordnung: Stellungnahme zu der durch die Reichszentrale beschlossenen Erklärung für die Angehörigen der Metallindustrie inoffiziellen Situation. Wichtiges Material wird in der Versammlung ausgetauscht. Jeder Betrieb muß vorher berichten sein. - Das A. O. B. - Metallesteil versammelt sich um 7/8 Uhr zu einer Besprechung im gleichen Saal.

Sachverhalte. Kapazitäten- und Vereinsteilnahme. Allgemein. Kapazitätenversammlung morgen (Donnerstag) abend 7 Uhr in der Königstr. Große Frankfurter Str. 117. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Mitteilungen. Kapazitäten- und Vereinsteilnahme. Allgemein. Kapazitätenversammlung morgen (Donnerstag) abend 7 Uhr in der Königstr. Große Frankfurter Str. 117. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Verhandlungen. Kapazitäten- und Vereinsteilnahme. Allgemein. Kapazitätenversammlung morgen (Donnerstag) abend 7 Uhr in der Königstr. Große Frankfurter Str. 117. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Verhandlungen. Kapazitäten- und Vereinsteilnahme. Allgemein. Kapazitätenversammlung morgen (Donnerstag) abend 7 Uhr in der Königstr. Große Frankfurter Str. 117. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Aus der Partei.

Die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens hat beschlossen, eine eigene Druckerei mit Unterstützung der Genossenschaften und Gewerkschaften einzurichten. In Palma de Mallorca wurde ein neues Volkshaus errichtet. Der Führer der Arbeiterpartei, Pablo Iglesias, ist zu seinem 76. Geburtstag vom ganzen Lande gefeiert worden. In Madrid wurden zwei Hüfen von ihm aufgestellt, in der Gemeinde Uzuaga ist eine Straße nach ihm benannt worden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. B. Groß Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steinert; Revolution: R. A. Fischer; Soziale und Sportliche: Fritz Reuß; Spanien: Th. Glöde; Familie in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Post: Gewerkschafts-Druckereiverlag und Verlagsanstalt Vaul Einser u. Co., Berlin SW 4, Lindenstraße 2, Bismarck 2 Berlin.

Café Zielka

Variété-Kabarett, Friedrichstraße 60, Ecke Leipziger Straße, nachm 7/8, abends 7/8 Uhr. Großes Programm

Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Krankheit kostet den Lohn vieler fleißiger Tage. Sehr wichtig ist die richtige Behandlung der Zähne. Man benutzt hierzu am besten die preiswerte ZAHNPASTA NIVODONT Das Vorbeugungsmittel gegen Erkältungen und Ansteckung und das Mittel gegen Mundgeruch sind die wohlchmeckenden CALCIFORM-TABLETTEN Das Behandlungsmittel gegen raue, rissige Haut, rote Hände und Frost ist die Frost- und Wundsalbe CAMPHOLINT (ca. 32% Cerussa, ca. 5% Camph. synth., ca. 63% Vax. Slav.) an achte auf die Namen u. auf die Schutzmarke „Rabe“

Cheesebrough-Vaseline

(sog. Röhrlin) sollte in keinem Hause fehlen. Das beste Hausmittel gegen raue, spröde oder aufgesprengene Haut. Lindert Hautirritation, hält Wunden rein und verhindert Entzündung - Cheesebrough's Menthol-Vaseline lindert und verhilft Schnupfen. Versuchen Sie ausgiebig Cheesebrough's Vaseline.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadem)

auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte „Rat Dr. Strahl's Haussalbe“. In Original-Dosen erhältlich: Elektra-Apotheke, Berlin SW 5, Leipziger Str. 74, & Dönhofpl.

Steuernotverordnung und Gemeindehaushalt.

Wie Deutschnationale das Deutschtum im Auslande „stärken“ wollen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern von all den Anträgen, die der Erledigung harren, wieder nur einige aufarbeiten. Ein Antrag der Demokraten richtete an den Magistrat die Wohnung, gegenüber der dritten Steuernotverordnung die Interessen der Gemeinde zu verteidigen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Vohmann, daß man nicht die Kommune gegen das Reich auspielen dürfe, so sehr im übrigen für die Kommune die Existenzmöglichkeit gefährdet werden müsse. Unser Redner wandte sich scharf gegen das Verfahren, die Kommunen auf die infoziale Mietssteuer anzuweisen. Einen deutschnationalen Antrag, der gegen die seit dem 1. August 1914 in Berlin zugezogenen Ausländer die Ausweisung und nötigenfalls die Unterbringung in Sammellager herbeiführen wolle, begründete Postor Koch mit einer hoferfüllten Rede. Selbstverständlich wünscht jeder anständige Mensch, daß Berlin das Schiebergesindel los würde. Aber der deutschnationale Antrag bewirkt keine Ausnahmen vor und trägt daher z. B. selbst solche Ausländer, die in Berlin Wohnung genommen haben, um für die Auslandsreise für Deutschlands Kaffeendeckung zu leisten. Genosse Fattich antwortete dem Eindrücklichen Postor, daß die Ausweisung der Fremden sofort in den Anstaltsstaaten mit Ausweisung der Deutschen vergelten würde. Abstimmungen gab es gestern nicht; sie wurden auf die nächste Sitzung verschoben.

Die gestrige außerordentliche Sitzung war der Aufarbeitung von Initiativanträgen gewidmet. An der Spitze derselben stand er von den Demokraten eingereichte

Protest gegen die dritte Steuernotverordnung

der Reichsregierung. Nach der Auffassung der Antragsteller bringt die Verordnung den Gemeinden eine kaum tragbare Belastung als wichtigen Aufgaben auf dem Gebiet der Schule, der Wohlfahrtsvereine und der Polizei und entzieht ihnen andererseits einen erheblichen Teil der bisherigen Reichszuschüsse ohne ausreichenden Ersatz. In der Überzeugung, daß es bei Durchführung der Verordnung an Gemeinden im allgemeinen und Berlin im besonderen unmöglich sein würde, auch nur ihren wichtigsten kommunalen Pflichten zu genügen, soll die Versammlung den Magistrat ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die finanziellen Rechte und Interessen der Gemeinde gegenüber der Reichsregierung und der dritten Notverordnung zu verteidigen. Der Rämmerer Dr. Karding sprach den Antragsteller den Dank des Magistrats für ihr Vorgehen aus. Die Bestimmungen des Magistrats, bei diesen Verordnungen auch den Städten zu ihrem Recht zu verhelfen, seien raslos betrieben worden und würden auch gegenüber den kommenden Ausführungsbestimmungen weiter aufs energischste weiterbetrieben werden. Das schmerzhafteste sei der Wegfall der Besoldungszuschüsse. Es unerwünscht diese Einrichtungen gewesen sei, der Abbau hätte nicht erfolgt überflüssig werden dürfen. Auch der Anteil an der Umschmelzung geht beträchtlich zurück, der Zuwachs an Einnahme aus der Einkommensteuer sei problematisch. Der gefährlichste Teil der Verordnung sei die neue Verteilung der sozialen Gebiete zwischen Reich und Ländern bzw. Gemeinden; die Länder und Gemeinden erhielten neue Aufgaben mit entsprechenden Ausgaben, und der Ausgleich durch die neue Mietssteuer sei ein wahres Danatergeld.

Das Obium für diese unpopuläre Steuer schiebe das Reich einfach den Ländern und Gemeinden zu. Das Reich müsse mit dem Abbau auch bei seinem Beamtenpersonal und bei seinen Ausgaben durchaus mit den Ländern und Gemeinden Schritt halten. In der städtischen Wirtschaft müßten sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten. Von der Sorge (Dank): Der Antrag kommt infolgedessen post mortem, als ja die Verordnung schon da ist; aber die Aussprache darüber ist deshalb nicht weniger dringend. Die dritte Verordnung ist nicht nur für die Gemeinden eine Gefahr, sondern geradezu eine Brutstätte. Genosse Dr. Lohmann: Es handelt sich hier nicht bloß um ein Recheneispiel, sondern um eine hochpolitische

Angelegenheit, die nicht lediglich dem kommunalen Gesichtspunkt beurteilt werden darf. Auch wir sind dazu berufen, Kommunalpolitik als Reichspolitik zu betreiben. Ohne uns die Hege gegen die Erbergerische Reichsfinanzpolitik zu eigen zu machen, halten wir eine größere Selbstständigkeit der Gemeinden auf finanziellem Gebiet für notwendig.

Etwas Ansozialer als die neue Mietssteuer

Ist den Ländern und Gemeinden selten zugemutet worden; eine derartige Basis für die Vervollständigung der Gemeindefinanzen sehen wir ab. Wir können mit der Motivierung des Antrags, wie sie die Demokraten gegeben haben, nicht einverstanden sein, schon weil sie den sozialen Momenten, die für uns von besonderer Bedeutung sind, nicht gerecht wird; für den Antrag selbst werden wir stimmen. Dr. Caspari (D. Sp.) trat der einleitend von Dr. Lohmann gegebenen Charakterisierung der Verordnung durchaus bei. Auch er sah in ihr eine Brutstätte, namentlich hinsichtlich der Hypothekenaufwertung. Dagegen begrüßte er die Ausdehnung des Kreises der Aufgaben von Ländern und Gemeinden als eine Abkehr von dem übertriebenen Zentralismus der Weimarer Verfassung; Schule und Wohlfahrtspflege kommen wieder dahin, wo sie gehören; das ganze Reichsarbeitsministerium könnte verschwinden. Von den Deutschnationalen wurde beantragt, in dem Antrage Wertes am Schluß statt gegenüber der Reichsregierung und der Verordnung zu setzen, gegenüber der Reichs- und Staatsregierung. Hörr (Komm.): Welcher Art die verlangte Abwehr sein sollte, darüber hätten die Antragsteller sich auszusprechen. An der Latit der Reichsregierung werde auch der angemessene Antrag Wertes nichts ändern, der wohl hauptsächlich wahlpolitischen Erwägungen entspringen sei. Durch die bloße Annahme einer papierenen Resolution beschwöre man nicht die den Gemeinden drohenden schweren Gefahren.

Die Abstimmung über diesen Antrag wie über sämtliche übrigen Anträge, die noch erledigt werden, findet erst am Donnerstag statt. — Postor Koch begründete sodann den schon am 5. November 1923 datierenden Antrag der Deutschnationalen, der die Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 zugezogenen Ausländer und nötigenfalls deren Unterbringung in Konzentrationslagern verlangt. Man öffne die Barackenlager den galizischen usw. Juden und weise ihre Wohnungen den Deutschen zu, die sich seit Jahren vergeblich um eine Wohnung in Berlin bemühen. Dove (Dem.) hielt den Antrag an-erbrüchlich für undurchführbar; er würde nur den Effekt haben, daß die anderen Staaten gegen Deutschland das gleiche Verfahren einschleusen. Eindeutige Genosse Wühlin konfirmierte Koch gegenüber, daß der Rassenstrom dieser unerwünschten Elemente von dem organisierten Magistrat als ein Erbe übernommen sei aus der Zeit, wo es noch keinen sozialistischen Magistrat gab. Die ganze Angelegenheit

gehört zu den polizeilichen Kompetenzen.

Im Jahre 1922/23 seien nur 80 Wohnungsberechtigungen für Ausländer ausgestellt worden. Sommer vor von Stadt wegen zu erachten fehle es an jeder Handhabe. Genosse Fattich: Die unbedingte Verquickung von Fremdenpolizei und Wohnungsfürsorge ist durchaus unstatthaft. Der letzte Magistrat hat soweit es in seiner Macht stand, geradezu Anstrengungen, die zum Himmel stanken, ein Ende gemacht. Als 1919 der Polizeipräsident Guon Ernst 600 Ausländer ausweisen wollte, protestierten dagegen gerade die von Deutschnationalen außerordentlich nachstehenden Kreise einschließlich von ganz Charlottenburg und dem Kurfürstendamm mit großer Heftigkeit und großem Erfolge! Bitterrechtlich können wir gar nicht so verfahren, wie Herr Koch will: man denke bloß an die Tschechoslowaken! Der Antrag muß verworfen werden. Gegen 9 Uhr einta die Versammlung über zur Beratung des Antrages der Deutschnationalen, der die

bei der Berliner Brennstoffgesellschaft eingetretenen Verluste

zum Gegenstand hat und die persönliche Haftbarmachung der Schuldigen verlangt. Der Rämmerer legte gegen diese Insinuation schärfste Vermahnung ein und gab eine Darstellung des Vorganges, der darauf zurückzuführen sei, daß damals — im Juli — die ohschädliche Anlegung des der Gesellschaft überwiegenen Betrages in wertbeständiger Form unmöglich war. Den Schaden hätten die

Kriegsbeschädigten gehabt. Der Verlust von 43000 Goldmark habe sich inzwischen nicht unbeträchtlich vermindert. Rechtliche Unterlagen für eine Haftbarmachung von Beamten seien nicht gegeben. Um 9 Uhr 5 Minuten erfolgte hierauf Schluß der außerordentlichen Sitzung.

Berlin, die Stadt der Arbeit.

Prof. Dr. Felix Lampe, einer der besten Kenner Berlins, hielt am letzten Sonntag einen Lichtbildvortrag über „Berlin als Stadt der Arbeit“.

Wenn die biblischen Schöpfungsgehirnen der Weisheit letzter Schluß wären, so ist die Arbeit eingeseht als eine Strafe. Da in Berlin sehr mannigfaltige und schwere Arbeit geleistet wird, ist es also besonders bestraft. — Wie war es möglich, daß sich das als Festschmerz zu einer solchen schaffenden und tätigen Weltstadt erheben konnte? Hamburg, Bremen, Stettin sind durch ihre Häfen groß geworden, Berlin aber durch die Tatkraft seiner Bewohner, die Handel, Wandel und Verkehr austöste. 1822 fand die erste Gewerbeausstellung, die nur 1000 Gegenstände umfaßte, statt. 1840 gab es dann die erste preußische Gewerbeausstellung in einem Holzschuppen auf dem Platz zwischen dem heutigen Opernhaus und der Bibliothek. Die große und schnelle Industrialisierung Deutschlands, vorwiegend Berlins, setzte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ein. So trat dann auf der 1. Berliner Gewerbeausstellung 1879 am Lehrter Bahnhof ein neues Moment auf. Die Firma Siemens u. Halske hatte die erste „Elektrische“ der Welt erbaut und sie auf die Ausstellung geschickt. Die Besucher konnten mit dem elektrischen Wagen einmal umsonst rund herum fahren. — Heute bilden die Siemenswerke einen ganzen Stadtteil für sich. Sie zeigen den Aufschwung und die Arbeitsgröße Berlins, wenn man bedenkt, daß Siemens u. Halske 1847 in einem Hinterhause der Schöneberger Straße mit 10 Arbeitern ihre Werkstatt eröffneten. — Das Verkehrsleben innerhalb Berlins nahm einen großen Aufschwung. Es kam die Trambahn. Bald wurde sie durch die „Elektrische“ ersetzt. 1882 wurde die Stadtbahn erbaut und vor 25 Jahren folgte dann die erste Hochbahnstrecke, die von Osten und dem vornehmen Westen nach der Mitte der Stadt in Betrieb genommen wurde. Im Laufe der Jahre wurde das Verkehrsleben als Zeichen der Stadt mit ihrem mächtigen Arbeitsgetriebe immer mehr verbessert und ergänzt. Der Weltkrieg wirkte für den weiteren Aufstieg hemmend und zerkleinernd. Doch heute machen sich die ersten Anzeichen der Besserung bemerkbar; es bleibt bei dem ewigen Wechsel: Nach Regen folgt Sonnenschein.

Glücksmann, der Monarchist.

Einer, der behauptet, nicht geboten zu sein.

Ein kleines, schwächliches Männchen mit einer riesenhafte, pechschwarzen Hoarmähne, die sich kokett wie eine Allongeperrücke über der Stirn aufbaut und leicht bis auf die Schultern fällt, wurde gestern dem Amtsgericht Berlin-Mitte aus der Strafhaft vorgeführt. Der Angeklagte nennt sich „Schriftsteller“ Adolf Glücksmann und ist vielfach, sogar mit Zuchthaus, vorbestraft. Jetzt hatte er sich wegen zweier Diebstähle, drei Betrugsfällen und zwei verurteilten Betrugsereignissen zu verantworten. Einigen allen Herkommen eröffnete der Angeklagte die Verhandlung und begann den Vorlesenden zu vernehmen: Sind Sie der Amtsrichter Dr. Neumann? Als der Richter erstant bejahte, sprühte der aufgeregte, kleine Mann hervor: „Dann bestreite ich zunächst meine Geburt und ebenso Ihre Berechtigung, mich abzuurteilen. Sie haben Ihr Amt von Ebert und Scheidemann; ich lasse mich nur von einem Mann aburteilen, der von Gottes Gnade eingesetzt ist.“ Das Gericht drehte dann freilich den Spiegel um und prüfte den „wilden Mann“ auf Herz und Nieren. Der aber wollte sich an nichts erinnern, hatte sogar seine Haftstrafen vergessen und meinte schließlich: „... einmal bin ich ja zu 20000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, aber das bestreite ich auch.“ Der Vorsitzende sah feststellen, daß der Angeklagte auch im Gefängnis die Annahme von Essen verweigert habe, da er als Monarchist von der Republik nichts annehme. Glücksmann hatte zahlreiche Briefe an den Exzentringer und den Vorlesenden geschrieben. Gerichtsmediziner Dr. Thiele hielt es für notwendig, den Angeklagten zu untersuchen, da er nicht ohne weiteres ein abschließendes Urteil

(Nachdruck durch Malik-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Franl.

Frühbar stand die Wirkung des Vortrages im Zimmer und sichtbar in den Blicken der neun Bezirksführer.

Ein noch junger Holzarbeiter, dessen Gesicht eingetrocknet und kleiner geworden, schon einer gebörren Frucht gleich, sagte, leicht werde es ihm nicht fallen, an die Genossen in seinem Bezirke alles das klar und sachlich weiterzugeben. „Aber sachlich muß es sein, sonst verstehts niemand.“

Der Vertrauensmann, ein dunkelgesichtiger, stoppelbärtiger Metallarbeiter, an dessen rechter Hand zwei Finger fehlten, streckte diese Hand vor: „Hier Hauptpunkte mußst du festhalten“, sagte er, zählte an den Fingern her und mußte schon wieder beim Daumen beginnen: „Und viertens, daß die Arbeiterchaft gegen einen derartig gewaltigen Machtblock eben nur bei schärfster Disziplin und überhaupt nur durch eine ganz starke Organisation etwas ausrichten kann.“

Unter dem Sims, mit dem Rücken gegen die Fensterwand, sah auf dem Fußboden ein schon bejahrter Kartonnagenarbeiter. Seine Hand rückte ununterbrochen und selbsttätig unsichtbare Gegenstände zehn Zentimeter seitwärts: die arbeitende Hand machte den Griff, den sie ein Leben lang von früh bis abends in der Papier- und Kartonnagenfabrik des Herrn Hommes gemacht hatte.

„Beruhig du dich nur. Die Genossen in deinem Bezirk werden dich schon verstehen. Was dir deiner Lebtag auf die Haut brennt, das begreift du leicht“, sagte er und legte sich auf die arbeitende Hand, die sich Sekunden später wieder befreite und weiter ihre Arbeit tat.

„Wegen der Frauenlandestkonferenz? Weil sie eben in dieser Woche in vier Versammlungen das Kaiserat hatte. Und auch sonst viel Arbeit, Sitzungen, Schreibereien und so...“

„Neht müht du ein paar Tage ausspannen, Genossin Lenz.“

„Ich brauche nur Schlaf. Fünf Stunden!“

„Ja, ja, Schlaf“, sagte der Kartonnagenarbeiter und legte sich wieder auf seine tätige Hand.

mort auf seine damalige Frage: „Aber wie? Wie soll man sich aufsporn?“

„Der ist erst fünf Tage später abtransportiert worden.“ Dann hörte Jürgen, wie der Metallarbeiter zu den zwei Pfeifenrauchern sagte: „Weil der Krimineller, der mit dem Kopf in Fenster gefallen ist, dabei ein Auge eingebüßt hat und deshalb die Reize nicht mitmachen konnte.“ Und trat zu den Dreien in die Fensterecke. Auch der Agitator war hinzutreten.

„Wenn sie den packen — unter fünf Jahr gehts nicht ab“, sagte der Metallarbeiter noch.

Der Holzarbeiter mit dem verträumten, kleiner gewordenen Gesicht sprach schriftdeutsch: In der Zeitung stand: Ein gutgekleideter, ungefähr fünfundzwanzigjähriger Mensch, Kaufmann oder Student, augenscheinlich ohne Kopfbedeckung.

Und der Agitator: „Auch heute waren wieder Kriminalbeamte im Parteibureau... In diese romantischen Polizeischädel geht es nicht hinein, daß die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung nicht darin besteht, Attentate zu organisieren und Attentäter gewaltsam zu bestreuen.“

Die Mühe hatte ich in der Tasche, dachte Jürgen und fragte: „Was sagten Sie eben?“

„Das Gefühl der Empörung übrigens, das diesen jungen Menschen zu dem Befreiungsversuch veranlaßt, ist dasselbe, das in allen Klassenkämpfen lebendig ist; aber die müssen, so schwer das ihnen auch wird, ihre Empörung oft in sich zurückhalten“, fuhr der Agitator fort. Blick vor sich hin gerichtet und in einem Tone, als dächte er, wie sehr viel leichter das Leben sein würde, wenn der Kampf um den Sozialismus in derartigen Laten bestehen könnte, anstatt in der jahrelangen, lebenslangen, zermürbenden, täglichen Hingabe.

„Ja, aber dazu noch wöchentlich zweimal Bildungskurs in der Jugendorganisation!“ rief bei der Rückwand ein Bezirksführer. Zwei andere sprachen über den letzten Lohnkampf, der die Transportarbeiter sehr geschwächt habe. Im Stod erklang das in sich erstickende Geschrei eines Säuglings.

Unter dem Brustbein empfand Jürgen einen immer schwerer werdenden Druck, als stecke er bis zum Kinn in dickflüssiger Moorerde.

„Wollen wir anfangen?“ fragte der Agitator. Und Katharina hob den Deckel von der Schreibmaschine.

Die zehn schritten durch die Finsternis, vor sich die fensterlosen Rückseiten schmalen, turmhoher, freistehender Mietskasernen: tote Silhouetten. Ein langer Güterzug kroch aus dem Arbeiterviertel heraus, ins flache Land hinein. Wasser-

glanz in dunkler Ferne und das gedämpfte Rassel eines Schleppers, der eine Reihe Frachtschiffe stadwärts zog. Der lange Pfiff der Lokomotive schlug einen Bogen durch die Nacht.

Geschrei brach ihnen entgegen, stieg an: ein Knäuel Blutgebrüll. Ueber allem die Frauenstimme, die wie die Verzweiflung selber schrie. Und als die zehn den Lichtkegel, der aus dem Parterrefenster auf die Straße fiel, erreicht hatten und ihn durchschritten, war es drinnen völlig still. Drückende Stille. Und dann Wimmern, Weinen, gestochen ausbrechendes Geheul, fessellos, als weine die Verzweifelte alle Not ihres Lebens und das Leben selbst aus sich heraus.

Darüber entstand ein Gespräch. Ob der Mann die Frau und weshalb er sie wohl geschlagen habe, und warum sie so arg fenne. „Die Gründe kennt man“, sagte der Holzarbeiter. „Ja, das sind im Grunde immer dieselben.“

„Wie schön die Nacht ist.“

„Ja, wenn man so marschiert.“

Die neuen Backsteinhäuser des wachsenden Arbeiterviertels, gleichförmig, unverputzt, wie über Nacht hingestellt — lineare Straßen, bei den Feldern endend wie abgehauen —, stießen feuchten Kalkgeruch ab. Kein Fenster war erleuchtet. Die Arbeiter schliefen schon. Vor einer alten Villa, die eingeholt und überholt worden war von der wachsenden Stadt stand ein Schutzhmann mit einem Polizeihund.

Das Weinen war verendet. Die Schritte hallten in Gleichmaß.

„Aber Parteimitglied wurde ich — das sind jetzt fünf undzwanzig Jahre her“, erzählte der Kartonnagenarbeiter. „Seidem hat sich viel geändert.“

Sechszwanzig Jahre, dachte Jürgen. Sechszwanzig Jahre.

Hohe, leuchtende Fenster, fünf lange Reihen übereinander, traten aus der Dunkelheit heraus. Die zehn schritten hinein in das Klapp-Klapp-Geräusch der Transmissionen: die Nacht schloß bei der Arbeit.

„Heut ist die Partei eine Nacht... Wenns auch langsam geht... Mitbestimmungsrecht... Die straffe Organisation... Ja, viel Arbeit gewesen“, vernahm Jürgen, der mit dem Holzarbeiter und dem Metallarbeiter einige Schritte voraus war.

Schweigend über die kleine Eisenbrücke. Durch den kühlen Teergeruch. Auf der äußersten Spitze des zugebreiteten Frachtschiffes im Kanal stand ein winziger Hund, der blühte. Schon durchbroch dort und hier das Lichtermeer die Baumkronen.

(Fortsetzung folgt.)

abgeben könne, ob es sich um einen Geisteskranken oder einen Simulanten handelte. Daraufhin beschloß das Gericht, Staatsmann in einer Anstalt untersuchen zu lassen.

Spaniolas Diebesfahrten.

Erneut zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der schon mehrfach abgeurteilte internationale Hotel- und Pensionseinbrecher Ludwig Lewy, genannt Spaniola, hatte sich wiederum wegen zahlreicher Einbrüche vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der jetzt gerade 21jährige Lewy ist trotz seiner Jugend bereits zehnmal verurteilt. Inzwischen ist er wegen zahlreicher Einbrüche zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Jetzt hätte er sich wegen weiterer 6 Einbrüche zu verantworten.

In der meisten Fällen hat er Ausländer, die in Pensionen des Westens abgestiegen waren, bestohlen. Wie immer führte er seine Raubzüge in dreifacher Weise meist am Tage aus, packte in den Zimmern seiner Opfer, als deren Bruder er sich den Pensionbesitzern gegenüber bezeichnete, an Kuffen und Koffer, was er erst dann erreichen konnte. In einer Pension unter den Linden bestahl er zwei Amerikanerinnen, in der Lauenburgerstraße einer ägyptischen Ingenieur, am Kurfürstendamm einen Sekretär der portugiesischen Gesandtschaft, fremde Diplomaten usw. Unter der Maske eines italienischen Konsulatsattachés Cassio hatte er im Zuge die Inhaberin eines Modelations-Kennzeichens, die er in Berlin mehrfach bestahl. Er führte ihr einen angeblichen Preisbogen Sergermis zu. Mit diesem Kennzeichen gab er Spaniola die Wohnung aus und stahl die wertvollen Gold- und Silbergegenstände. Unter der Maske der Hehlerei hatte sich Lewy Bräut Marie Buzowski zu verantworten. Lewy behauptete, daß er die Einbrüche auf Personalführung eines Engländer David verübt habe. Es sei nur darauf angekommen, bei den ausländischen Diplomaten Dokumente zu fuchen, und zwar namentlich deutschfeindliche Akten. Er habe mit Wissen des Auswärtigen Amtes gehandelt. Als Beweis dafür behauptete er, daß er bei einer Reizung festgenommen worden sei und einen Ausweis als „Masseur Dr. Bonbau“ gehabt habe. Auf dem Polizeipräsidium sei er dann entlassen worden. Der Anklage ist in vollem Umfange gestanden und hat, als ihm auf dem Polizeipräsidium das Journal der Pensionen- und Hotel Diebstähle vorgelesen wurde, sämtliche Tatsachen, die er bezeugen hat, herabgeschaut. Wie er erwidert, habe er sich dazu veranlassen gesehen, weil in einem Falle eine Hausangestellte unverschuldet in Haft genommen worden war. Wenn er nicht alles eingestanden hätte, würde diese Sache nicht ihre gerichtliche Sühne gefunden haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Lewy 8 Jahre Zuchthaus, gegen die Buzowski 1½ Jahre Gefängnis. Die Verteidiger wiesen auf die komplizierte Persönlichkeit des Angeklagten hin und bestritten, daß die Angeklagte Buzowski gemeut habe, daß die Gelder und Geschenke, die sie von ihrem Bräutigam erhalten hatte, von den Diebstählen herrührten. Die Anklage will Lewy nur unter dem Namen „Bob Landau“ gekannt haben. Die Strafkammer verurteilte Lewy zu weiteren 3½ Jahren Zuchthaus. Seine Braut erhielt wegen fortgesetzter Hehlerei 9 Monate Gefängnis, die durch eine 1½jährige Untersuchungshaft als abgeleistet erklärt wurden, so daß sie sofort aus der Haft entlassen wurde. Für Lewy wird später eine Gesamtsstrafe gebildet werden.

Nur Kupfer, nicht Nickelmünzen.

Durch die Verordnung der Reichsregierung vom 11. Februar 1924, die am 14. Februar im Reichsgesetzblatt, Teil I, verkündet worden ist, sind die alten ein- und zweipennigen Münzen der Münzen über ein- und zweipennigen Münzen realitäts gleichgestellt worden; die alten Kupfermünzen können deshalb künftig in der gleichen Weise zu Zahlungen verwendet werden wie die Rentenpfennige; die öffentlichen Kassen können sie zu jedem Betrage an. Es ist jedoch zu beachten, daß sich die Verordnung nur auf die Kupfermünzen, nicht auch auf die alten Nickelmünzen (5- und 10-Pennigstücke) bezieht. Den letzteren die gleiche Zahlungswertigkeit zu verleihen, was schon deshalb nicht angängig ist, weil mit ihnen auswärts die stark unterwertigen ein- und zweipennigen Münzen über die gleichen Nennbeträge in den Verkehr zurückzuführen wären, was zu einer kaum erträglichen Inflation geführt hätte.

Neu Parteien in Potsdam.

In der Stadt Potsdam sollen am 18. März die Stadtverordnetenwahlen durchgeführt werden. Wesentlich ist durch Gesetz vom 12. Februar 1924 die Neuwahl der Gemeindevertretern in ganz Preußen auf den 4. Mai 1924 festgesetzt. In Potsdam muß diese Neuwahl jedoch schon am 18. März vor sich gehen, da die vorige Stadtverordnetenversammlung infolge des in weiter Öffentlichkeit bekannten Kommunalstreits vor sechs Monaten aufgelöst wurde. Bei dem für die Wahl am 18. März zuständigen Wahlamt haben sich nicht weniger als zehn Parteien gemeldet, die besondere Kandidatenlisten für die 43 Stadtverordnetenstelle anfertigen haben. Es sind folgende Parteien: Deutschnationale Partei, Deutscher Sozialer Block, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschdemokratische Partei, Partei für Handel und Gewerbe, Zentrumspartei, Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und kommunistische Partei.

Ringkampf im Gerichtssaal.

Zu sehr wilden Szenen, die in einem Ringkampf ausarten, kam es in einer Verhandlung vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I, vor der sich zwei Schwerdelinquenten, Richard Lichtwart und Otto Dosdal zu verantworten hatten. Mitangeklagt waren die beiden Weiber, Hedwig Heinicke, die in ihren Kreisen den Epitheton „Kirscheneidwig“ führt, und Helene Wessel. Die beiden Hauptangeklagten haben mehr als ein Dutzend Einbrüche in Villen des Westens verübt, sowie Ladeneinbrüche im Zentrum der Stadt. In verschiedenen Fällen haben die beiden Frauen in der Nähe des Tatorts gewartet und die Beute gleich im Empfang genommen, um sie zu „verschärfen“. Kirscheneidwig, die Frau des Lichtwart, belastete ganz besonders stark den Angeklagten Dosdal. Als sie auch vorbrachte, daß D. in einem Falle auf einen ihn verfolgenden Polizeibeamten schuß gemacht hatte, sprang Dosdal plötzlich auf die Anklagebank und schlug mit den Worten: „Kirscheneidwig, dir werde ich das Maul stopfen!“ mit den Fingern auf die Mitangeklagte ein. Die Verteidiger posten den Richter, der zu neuen Schlägen ansetzen wollte, und nach einem schweren Ringkampf gelang es den hinzueilenden Wachmännern, Dosdal handfesselnd anzulegen. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Lichtwart zu 3 Jahren Gefängnis, Dosdals zu 5 Jahren Zuchthaus, während die beiden Frauen wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis erhielten.

Die Opfer des Ludwigshafener Eisenbahnunglücks.

Die bei dem Eisenbahnunglück Getöteten sind der Diplomkaufmann Rudolf Zimmer aus Neufallen und der Lokomotivführer Moser-Gaolfeld. Der verlegte Heizer Riedel-Gaolfeld konnte bereits gestern nach seiner Heirat gebracht werden. Die Beschädigung von drei Häusern in Ludwigshafen hat sich als unerheblich erwiesen. In Brand sind nur beschädigte Zugteile, aber keine Häuser geraten. Der Unfall ist höchstwahrscheinlich auf Übermäßige Geschwindigkeit des die 8 Kilometer lange Steilstrecke herabfahrenden 800 Tonnen schweren Güterzuges zurückzuführen.

Dank. Gen. Stadtk. Gottfried Schulz bittet um die Aufnahme der folgenden Zeilen: Da ich nicht jedem einzelnen für die

Feuerschutz in Großstadt und Industrie.

Der Feuerschutz ist leider noch immer nicht auf der Höhe, auf der er im Interesse der Volkswirtschaft sein müßte. Richtig ist, daß es auf dem Lande und in Kleinstädten schwer ist, zu erreichen, daß die für die Feuerbekämpfung notwendigen Menschen auch jederzeit zur Stelle sind. Um so bedauerlicher ist, daß auch in Großstädten und größeren Industriebetrieben die für die erfolgreiche Feuerbekämpfung notwendigen Maßnahmen nicht getroffen werden, obgleich hier die Möglichkeit vorhanden ist. Gerade in den letzten Wochen sind verursacht durch die eingetretene Kälteperiode, die Brände in den Industriebezirken besonders zahlreich geworden. Welche Schäden diese Brände dem Volkswohlstand zufügen, zeigt sich darin, daß einzelne Brände Schäden in Höhe von mehrhundert Millionen Goldmark verursacht haben. Bei dem Brand der Dockanlagen in London wurde sogar ein Schaden von 2 Milliarden Goldmark gemeldet.

Die Zersplitterung des Feuerversicherungswesens.

Daß der Feuerschutz in Großstädten und Industrie nicht genügend ausgebaut wird, beruht auf der Zersplitterung und unzeitgemäßen Gestaltung des Feuerversicherungswesens. Erste Voraussetzung für einen wirkungsvollen Feuerschutz wäre die Zusammenfassung der gesamten versicherten Werte in einer Versicherungsgesellschaft und die Anpassung der Versicherungsbeiträge an die Gefahren. Wären alle versicherten Werte von einer Versicherungsgesellschaft versichert, so könnte diese unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit überall die Schutzmaßnahmen treffen, die als notwendig erkannt sind. Bei der heutigen Zersplitterung der Feuerversicherung, wo in einem Gebäude mehrere Versicherungsunternehmungen an der Versicherung der vorhandenen Werte beteiligt sind, werden diese nicht summiert und unterbleiben die nötigen Schutzmaßnahmen. Und doch wäre gerade heute, wo die Betriebe nicht nur moralisch, sondern auch durch Gesetz verpflichtet sind, Kalamitätskatastrophen zu vermeiden, die in der produktiven Arbeit beschränkt sind, die Möglichkeit gegeben, durch Ausdehnung der Bewachung, sowohl in bezug auf Feuererhaltung als auf Betriebsfähigkeit der Feuerlöscheinrichtungen, den Feuerschutz erheblich zu verbessern.

Personalabbau und Feuerwehr.

Doch nicht nur der Feuerschutz in den Industriebetrieben ist mangelhaft. Selbst in den Großstädten, wo er einigermaßen zeitgemäß ist, soll er abgebaut werden. Statt den dort vorhandenen Berufsfeuerwehren die Aufgaben zuzuwenden, daß sie in den Betrieben für Durchführung des nötigen und wirtschaftlich möglichen Feuerschutzes sorgen, soll auch bei den Berufsfeuerwehren das Personal abgebaut werden. Um den Abbau zu ermöglichen, soll ferner die Dienstzeit der Feuerwehrleute verdoppelt werden. Einer Gruppe von Menschen, die schon bisher eine gegenüber den übrigen Arbeitnehmern wesentliche längere Dienstzeit hatte, soll diese noch verlängert werden. Dies soll geschehen, obwohl im Feuerwehrbereich der Verbrauch an Menschen heute schon erheblich größer ist als in anderen Berufen. Menschen, die ihre Berufsaufgabe nur unter opfervoller Hin- und Hergehung erfüllen können, sollen mit einer weiteren Dienstzeitverlängerung belastet werden. Die Belastung soll zu dem ausgedehnten Zweck der Personalreparatur erfolgen. Dadurch werden die Gefahren, die den einzelnen betreffen, ebenso stark vermehrt wie das Personal verringert wird. Dabei ist

mich zu meinem 75. Geburtstag dargebrachten Glückwünsche antworten kann, lege ich hierdurch allen Freunden, Genossen und Genossinnen meinen herzlichsten Dank.

Schnelljustiz!

Eine wesentliche Entlastung der Gerichte wird jetzt durch ein vereinfachtes Verfahren bewirkt, durch das Beschuldigte, die auf frischer Tat ergriffen worden sind, sofort dem Strafgericht vorgeführt werden. Es ist das ein Verfahren, das von alters her in England üblich ist, wo der Angeklagte einfache Fälle sofort aburteilt. Da infolge der Abbauverordnung gegenwärtig die Schöffengerichte ohne Schöffen ihre Geschäfte erledigen, werden jetzt im Berliner Polizeipräsidium Verfahren, die in flagranti ergriffen wurden, zunächst dem Polizeikommissar vorgeführt, der sie vornimmt. Sobald der Angeklagte geständig ist und das Protokoll unterzeichnet hat, wird er sofort in ein Nebenzimmer vor den Amtsrichter geführt, der mit einem Protokollführer Sitzung hält. Der Amtsrichter erhebt auf Grund des polizeilichen Protokolls und nach Anhörung etwa vorhandener Tatzeugen die Anklage, und der Amtsrichter fällt das Urteil. Auf diese Weise werden selbst schwerere Fälle von Totschlag und Lebensdiebstahl und sogar Einbrüche in ganz kurzer Zeit, ohne den großen Apparat der Instanzen in Bewegung zu setzen, erledigt. In Rom selbst ist man gemäß einer Verordnung des Justizministers daran, alle schwere Verbrechen Straffachen bis zum 31. März aufzuarbeiten. Zu diesem Behuf sind mehrere „Nachhilfsstrafkammern“ gebildet worden. Beim Landgericht I sind eine 10. und 11. Strafkammer, bei den Landgerichten II und III ebenfalls je eine Hilfsstrafkammer errichtet worden.

Die Mörder aus der Klopstockstraße.

Der Raubmord in der Klopstockstraße, dem Ende März vorigen Jahres die 42 Jahre alte Ehefrau Pauline Pappe in der Klopstockstraße 83 zum Opfer fiel, wird jetzt seine Sühne finden. Wie wir mitteilen, wurde kürzlich der eine der Täter, der Schlosserlehrling Max Pappe im holländischen Obdank zu Hanaa festgenommen. Wie er sagte, hatte sich sein Bruder, der Tagelöhnerlehrling Kurt Pappe, unter dem Namen Kurt Woidel von Hanaa nach Wetzlar gewandt. Auf die Raubmordausforschung der Kriminalpolizei hin ist er jetzt gelungen, ihn in Schwabmünster zu ermitteln und zu verhaften. Die beiden Brüder, Stiefkinder der Ermordeten, werden zur Aburteilung nach Berlin gebracht werden.

Der Tod der Alten. Wieder hat ein altes Ehepaar Hoffnungsmärkte den Kampf mit dem Leben aufgegeben. Der 61 Jahre alte Arbeiter Albert Hoppe und seine in demselben Alter lebende Ehefrau Luise wurden in ihrer Wohnung im Hause Müllerstraße 164 in der Nähe im beschämungslosen Zustande aufgefunden. Sämtliche Gasböden waren geöffnet. Feuerwehr und Arzt bemühten sich um die Unglücklichen, doch konnte bei beiden nur noch der Tod festzustellen werden. Wahrscheinlich hat Not die beiden alten Leuten zu dem letzten Schritt getrieben.

Einstellung der staatlichen Geldgeschenke zu Ehebediensteten. Die äußerst unangenehme finanzielle Lage des Staates führt es nicht mehr aus, die aus Anlaß der 50- oder 55jährigen Ehebediensteten bisher von der Preussischen Regierung gewährten Geldgeschenke fernhalten zu zahlen. Wie der Amtliche Preussische Preßedirektor mitteilt, wird deshalb durch gemeinsame Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers bestimmt, daß Ehrengeschenke aus Anlaß der goldenen oder diamantenen Hochzeit bis auf weiteres vom Staate nicht mehr bewilligt werden.

Eine traurige Uebererziehung wurde der Arbeiterin Frau Wohluteil. Als sie nachmittags von ihrer Arbeitstätte nach ihrer Wohnung im Hause Dunderstraße 18 heimkehrte, fand sie ihren Mann, den 40 Jahre alten Arbeiter W., tot in Bett liegend, in der mit Gas angefüllten Wohnung auf. Der Schlauch vom Gasofen war abgerissen. Er war gegen 4 1/2 Uhr morgens heimgekehrt, nachdem seine Frau bereits zur Arbeit ge-

es durchaus nicht an dem, daß die Ausgaben für den Feuerschutz unwirtschaftlich wären. Die Städte Berlin, Hamburg, München und Kiel, für die es möglich ist, festzustellen, in welchem Verhältnis die Kosten des Feuerschutzes zu den Brandschäden der weniger gut geschützten Stadtgebiete liegen, haben in den Jahren 1900—1913 für den Feuerschutz und für Brandschädenvergütung nicht erheblich mehr oder bedeutend weniger aufgewendet als in den weniger gut geschützten Stadtgebieten allein für Brandschädenvergütung aufgewendet werden müßte für den Feuerschutz und für Brandschädenvergütung an Gebäuden wurden in Berlin 0,83 M., in Hamburg 1,14 M., in München 0,87 M. und in Kiel 0,88 M. auf 1000 M. Gebäudeversicherungssumme aufgewendet. Die Aufwendungen für Brandschädenvergütung allein betrugen in Brandenburg-Land 1,52 M., in Schleswig-Holstein 0,77 M., in Bayern 0,91 M. und bei allen öffentlichen Feuerversicherungsanstalten Preußens im Durchschnitt 1,06 M. auf 1000 M. Gebäudeversicherungssumme. Die durch Abwehr von Betriebsstörungen, Rieterverlusten und Schäden an Rohmaterialien verhinderten Verluste bleiben dabei reiner Gewinn.

Die Berliner Berufsfeuerwehre.

Dafür, daß es unmöglich ist im Feuerschutz Personal abzubauen, weil der Feuerschutz zu jeder Zeit gegenüber den Bedürfnissen zurückbleiben muß, soll als typisches Beispiel Berlin angeführt werden. In Berlin wurde der Dienst eingeführt, der heute ebenfalls als den Bedürfnissen entsprechend hingestellt wird (48 Stunden Dienst, 24 Stunden frei). Die Berufsfeuerwehr Berlin zählte bei ihrer Gründung 997 Köpfe. Davon waren 411 Spritzenmänner täglich 8 Stunden als Arbeiter in der Straßenreinigung tätig. Für den ausschließlich Feuerschutzzwecke dienten demnach noch 586 Köpfe. Augenblicklich beträgt die Stärke der Berliner Feuerwehr 1464 Köpfe. Davon entfallen auf 11-Berlin 1050. Die Kopfzahl des Feuerwehersonnals ist demnach um des 1,5fache gestiegen. Das Stadtgebiet Berlin umfaßt im Jahre 1881 bei rund 420 000 Einwohnern 3671,5 Hektar, im Jahre 1923 dagegen bei 1 020 800 Einwohner 87 000,56 Hektar. Die Zunahme der bei der städtischen Feuerpolizei — bei der alle Gebäude innerhalb des alten Stadtgebietes versichert sein müssen — beträgt von 1881 bis 1916 das 15 fache, die Zunahme des Stadtgebietes das 24 fache und die Zunahme der Bevölkerung das 9 fache. Dem steht gegenüber eine Vermehrung der Kopfzahl der Berufsfeuerwehr um das 1,6 fache. Der Feuerschutz hat also in sehr erheblichem Umfange es verstanden, die Entwicklung der Technik in seinen Dienst zu stellen.

Wenn auch die Entwicklung nicht überall dieselbe ist wie in Berlin, so steht doch fest, daß die Entwicklung in Berlin typisch ist für die Entwicklung der Großstädte und Großbetriebe. Was für Berlin festgelegt werden kann, muß als feststehend für alle Großstädte und Großbetriebe anerkannt werden. Wenn im Feuerschutz schon erhebliche Einsparungen an Personal gemacht sind, wenn der Ausbau des Feuerschutzes und damit die Beibehaltung des heutigen Personals eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, muß dieser Ausbau erreicht und der Abbau verhindert werden. Es wäre ein trauriges Zeichen der Zeit, wenn im Feuerschutz Personal einspart und dafür ein erheblicher Teil des Volkswohlstandes dem Verluste preisgegeben würde. Erkennung und Anerkennung wirtschaftlicher Notwendigkeiten ist erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausbau.

gangen war. Er muß bei der Benutzung des Kofers den Schlauch abgerissen haben.

Eine Jubiläumstanz der VDD-Genossenschaftler der 31. Verkaufsstelle, Reichsstraße 8, fand am Donnerstag abend 7 Uhr bei Regenberg, Gartenstraße 78, statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 21. Februar, 7 1/2 Uhr, im Schiller-Parksaal, Schillerstr. 29 (Erdgeschoss), Vortrag und Diskussionsabend des Reichsbundes der Sozialdemokraten. Thema: „Die politische Situation in Deutschland“, von Dr. Alfred Hoesche. Referent: Genosse Grottel.
- 17. Kreis Köpenick. Der Bildungsverein veranstaltet eine Anti-Blau-Redeabende am Donnerstag, den 21. Februar, 8 Uhr, bei Tempelhof, Paradenstr. 7. Der Redner ist aus Elberfeld. Eintrittskarten 50 Pf.

Heute, Mittwoch, den 20. Februar:

- 21. 9 1/2 Uhr außerordentliche Stadtvollversammlung mit den Reichstagsmitgliedern bei Hoyer, Köpenick 12. — Zur Kenntnis der geschäftlichen Angelegenheiten sind die Verhandlungen mitzubringen. — Der Bericht liegt bis 8 1/2 Uhr vor.
- 22. 9 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Schulstraße Schützenstraße 7, Thema: „Die Bedeutung der Volkshilfe“. Referent: Genosse Kretzger.
- 23. 9 1/2 Uhr, 7 1/2 Uhr Parteivollversammlung bei Rosl, Helmholtzstraße 11. Tagesordnung: Sachverhalt.
- 10. 7 1/2 Uhr, 11. 9 1/2 Uhr, 12. 11. 9 1/2 Uhr, 13. 9 1/2 Uhr, 14. 9 1/2 Uhr. — Die Redner sind aus Elberfeld. Eintrittskarten 50 Pf.

Freiungsausschüsse am Mittwoch, den 20. Februar:

- 3. Kreis Wedding. 7 1/2 Uhr Reichsbundabend an bekannter Stelle. Jede Mitteilung muß rechtzeitig sein.
- 20. Kreis Reinickendorf. Die Rauchwartkommissionen treffen sich heute, Mittwoch, abend 7 1/2 Uhr vor der Reichsbundversammlung im Hotel Bauer (Anhalter Bahnhof), Reinickendorf-Bell, Berliner Str. 10, Ecke Venedigstraße. — Referent in der Reichsbundversammlung ist Genosse Gelme.

Morgen, Donnerstag, den 21. Februar:

- 24. 7 1/2 Uhr Parteitag der Reichsbundversammlung in der Schulstraße Schützenstraße 7. Um pünktliches Erscheinen wird gebitten. Mitgliederbuch lagervoll.
- 25. 7 1/2 Uhr, 9 1/2 Uhr erweiterte Vorstandssitzung in der Linde, Berderstr. 11, Berlin-Nord-Ost.
- 12. 9 1/2 Uhr, 11. 9 1/2 Uhr, 12. 9 1/2 Uhr, 13. 9 1/2 Uhr, 14. 9 1/2 Uhr. — Das Zentrum hat am Freitag, den 21. Februar, um 10 Uhr im Reichsbundsaal, Berlin, die Reichsbundversammlung. — Die Redner sind aus Elberfeld. Eintrittskarten 50 Pf.

Freiungsausschüsse am Donnerstag, den 21. Februar:

- 24. 7 1/2 Uhr, 9 1/2 Uhr Parteitag der Reichsbundversammlung in der Schulstraße Schützenstraße 7. Um pünktliches Erscheinen wird gebitten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Deinst ist die Geschäftliche der 21. Ausgabe der Reichsbundversammlung. In bedeutenden Mengen finden sie wieder den Weg zu den deutschen Häusern. — Das Ende der Reichsbundversammlung bringt den Reichsbund der Sozialdemokraten die Reichsbundversammlung. — Die Reichsbundversammlung wird am Freitag, den 21. Februar, um 10 Uhr im Reichsbundsaal, Berlin, die Reichsbundversammlung. — Die Redner sind aus Elberfeld. Eintrittskarten 50 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

8. 8. 1900. Berlin hat eine schöne Postkarte für Berlin, und Briefe von Industrie, Kultur, „Berliner Post“ genannt. Sie liegt am Reichsbundsaal, Berlin, den 21. Februar, um 10 Uhr im Reichsbundsaal, Berlin, die Reichsbundversammlung. — Die Redner sind aus Elberfeld. Eintrittskarten 50 Pf.

A. Wertheim

Leipziger Straße
(Versand-Abteilung)
Königsstraße
Rosenthaler Straße
Moritzplatz

König's Kochbuch für die bürgerliche Küche
mit über 350 Kochrezepten. Mit einem Anhang über Getränke. Die Behandlung der Wäsche; Nützliche Baste für den Haushalt; Hausapotheke; Die Einmachzeit.
315 Seiten stark **33 Pf.**

Gute billige Bücher

Goethes Faust. 1. und 2. Teil in einem Bande. Herausgegeben von Prof. Dr. Carl Schibbe.
Eduard Mörike, Erzählungen u. Märchen. Herausgegeben von Prof. Dr. Carl Schibbe.
Johann Gottlieb Fichte, Die Anweisung zum seligen Leben. Herausgegeben von Dr. Ulrich Scholl.
Johann Gottlieb Fichte, Reden an die deutsche Nation. Herausgegeben von Dr. Arthur Hebert.
Graf Gobineau, Die Renaissance. Herausgegeben von Dr. Hans Hildebrandt.
Berthold Auerbach, Barfußel. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hertz.

Döner Bilder, Erzählungen und Märchen. Herausgegeben von Dr. Hans Hildebrandt.
Wilhelm Hauff, Novellen. Herausgegeben von Alexander von Gleichen Hofmann.
Chamisso, Peter Schlemihl und Auswähl von Gedichten. Herausgegeben von Dr. Bruno Wille.
Charles Dickens, Die Geschichte von zwei Städten. Übersetzung von Hedwig Jahn.
Goethes Briefe an Charlotte von Stein. Herausgegeben von Dr. Hans Hildebrandt.

Jeder Band in Ganzleinen gebunden mit echtem Goldtitel

2.-
Mark

Gottfried Keller, Der grüne Heinrich. Herausgegeben von Prof. Dr. Hildebrandt.
Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft. Herausgegeben von Dr. Felix Gross.
Gottfried Keller, Die Leute von Seldwyla. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Franz Dingeldey, Die Amazone. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Ziti Kutenpiegel, Die Schilddrüse. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Giuseppe Verdi, Die Maestri. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Theodor Storm, Der Schimmelreiter. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Theodor Storm, Die Leberechtigen. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.

Theodor Storm, Immenhof, Renate und andere Novellen. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Fr. Hebbel, Die Nibelungen. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Fr. Hebbel, Gedichte. Herausgegeben von Dr. Hildebrandt.
Franz Grillparzer, Dramatische Meisterwerke I. (Die Ahnfrau - Sappho - Der Traum ein Leben - Silber) Herausgegeben von Prof. Dr. Hildebrandt.
Franz Grillparzer, Dramatische Meisterwerke II. (Das goldene Vließ - Der Schatzfreund - Die Argonauten - Weber) Herausgegeben von Prof. Dr. Hildebrandt.
Franz Grillparzer, Dramatische Meisterwerke III. (Ein treuer Diener seines Herrn - Des Meeres und der Liebe Wellen - Weib dem der Lüge - Die Jüdin von Toledo.) Herausgegeben von Prof. Dr. Hildebrandt.

Modernes Antiquariat

Landwirtschaft u. landwirtschaftl. Gewerbe u. Industrien. Mit 629 Textabbild. u. 9 Beilagen. 758 Seiten. Geb. nur **5.50**
Die Verarbeitung der Metalle. Mit 1617 Textabbildungen und 6 Beilagen. 725 Seiten. Gebunden nur **5.50**
Mit Schlägel und Eisen. Eine Schilderung des Bergbaues und seiner technischen Hilfsmittel. Von Dr. Wilh. Bergh. Mit 26 Karton-Bildern u. 370 Textabbildungen. 800 Seiten. Gebunden nur **5.50**
Der Weltverkehr und seine Mittel. I. Band mit 764 Textabbildungen u. 14 Beilagen. 764 Seiten. II. Band mit 285 Textabbildungen u. 3 Beilagen. 497 Seiten. Beide Bände gebunden nur **11.-**
Durch die weiße Wüste. J. P. Koch's dänische Forschungsreise quer durch Nordgrönland 1912-13. Deutsche Ausgabe von Prof. Dr. Alf. Wegener. Mit 158 Textabbildungen u. 2 Karten. 248 Seiten. Kunstdruckpapier. Halbleinwand. nur **6.50**
Vorzugspreise nur in dieser Woche gültig.

Illustrierte Globus-Führer.

Jeder Band elegant gebunden **2.-** Mark

Führer durch die Philosophie. Philosophenlexikon und philol. Sachwörterbuch in alphabetischer Ordnung, allgem. verständlich von Dr. Alfred Sternbed. Mit 15 Bildnissen. Soeben erschienen
Führer durch die Konzerntmusik. Vollständige und allgemeinverständliche Ausführung über etwa 1500 Werke von 114 Komponisten mit 200 Musikbeispielen von Dr. Max Burghard. Jahrbuch mit 16 Porträts.
Führer durch die Kunstgeschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Mit 16 Selbstporträts von Titien, van Dyck, Hals, Kneller, Rembrandt, Rubens u. a. Herausgegeben von Dr. H. W. Heiberg.
Johannes Brahms. Ein Führer durch seine Werke mit einer eingehenden Biographie, zahlreichen Noten und einer Anzahl Illustrationen und einem Überblick über die Symphonik von Dr. Max Burghard.
Führer durch die Musikgeschichte. Eine allgemeinverständliche Darstellung der Musikgeschichte von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart u. Max Chop. Mit 100 Porträts, Tafeln und anderen Illustrationen.
Führer durch die moderne Literatur. Mit zahlreichen Porträts. Von Wenzel.
Führer durch die deutsche Literaturgeschichte. Jahrbuch. Bearbeitet von Wenzel.

Führer durch die Opern. Eine 20 Operntexte nach Angabe des Inhalts, der Gesänge, des Personals und Szenenbildes. Herausgegeben von Theaterdir. Leo Wolff. Mit 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform.
Führer durch die Opernmusik. Ein musikalischer Führer durch die Operntexte Opern der deutschen Bühnen. Mit etwa 400 Notenbeispielen u. Max Chop.
Führer durch die Operetten. 134 Operettentexte nach Angabe des Inhalts, des Personals und der Szenen von Theaterdirektor Leo Wolff. Jahrbuch mit 16 Szenen-Entwürfen.
Führer durch das Schauspiel. Die dramatischen Werke der Weltliteratur von Sophokles bis zum Beginn der Neuzeit; ihrem Inhalt nach wiedergegeben u. Theaterdir. Leo Wolff. Jahrbuch mit 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform.
Führer durch das Schauspiel der Gegenwart. Die dramatischen Werke der Gegenwart, ihrem Inhalt nach wiedergegeben von Theaterdir. Leo Wolff. Jahrbuch mit 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform.
Führer durch Richard Wagners Musikdramen. Allgemeinverständliche Erläuterungen der Dichtung und Musik von Wagners Musikdramen nach einer Anleitung über Wagners Leben und Kunsttheorie von Dr. Max Burghard. Mit 200 Musikbeispielen (sowie illustriert durch 16 Szenen-Entwürfen in Photographieform).

Menschenherzen müssen fröhlich sein
12 Lieder zur Saute oder Gitarre.
Zusammengestellt von Vorpahl. Statt 2.50 **75 Pf.**
Für Herz und Gemüt. 25 der beliebtesten Lieder in 2 Bänden. Lieder von Wolm, Hermann, Göttsch, Coppe, Weyland, Weyland, Roth, Mies, Meyer, Helmann.
Wiegand broschiert. **1.95**
Jeder Band ca. 60 Seiten stark.
Sidney Smith, Album. Enthält 6 große Opern-Porträts u. a. Preis 1.50
Figaro, Oberon, Eugenien, Don Juan
Billige antiquarische
Noten **20, 60, 75 Pf.**

Musikalien

Zeitra's Album, 21 der bekanntesten und beliebtesten Werke von Viktor Zeitra. In zwei Bänden, erste: Monnabend und der Hölle, Hoffmann's Erzählungen, Barock-Bläser, Schichten am Meer, Scherben und Tränen u. a. 2 Bände **1.95**
Opern-Schulheftlein, 8 Zeitra's Polpourri, im leichten und eleganten Stil mit genauer Bezeichnung des Fingertages **1.-**
Musikalische Plaudereien. Sammlung von 20 amüsant. Klavierstücken, mittel. schwer. 108 S. stark. eleg. brosch. **1.95**

Deutsche
Musiksammlung
Herausgegeben von Heinrich Mannfred. 507 verschiedene Nummern. Spezialverzeichnis verlangen.
Jede Nr. **20 Pf.**

Neues Operetten-Polpourri. Mit 1200 Seiten - Inhalt der Liebe Gott den Fuß; 4. 2. 1. 2. das alte Lied von jungen Frauen; Was es denn gleich die große Liebe sein? Im Traum bin ich bei dir; Komm, Mädchen, manne mit dem Namen! Herrmann, am blühenden Reiterstrand; Mein Hüppchen, komm nach Hülps! Käse, vom Schein (Wädel, ich bin dir so gut ufm.) **2.-**
14 musikalische Märchen und Kinderlieder. Dichtungen von Goethe, Burns, Hoffmann von Fallersleben, Des. Deiland, Wallf von Victor Goddard.

Operette und Tanz. Band III
Enthält 21 Operetten, u. a. Sonnenblume (Saxifrage); Morpium Volkow; Im Trauer bist du wieder die Dame; Johnny wenn du Geduld hast; Romm nach Paragonne; Knecht nach Jahn (Gel. Berger); Gleich nach Jahn (Gel. Berger). Statt 2.50 **1.50**
Calon-Perlen. Ausgewählte Unterhaltungsmusik des 19. Jahrhunderts, enthält ca. 12 Salonstücke **1.50**
Für die Eltern und Salon, Mechanik. 20 erfolgreiche Rode-Klänge, 50 Seiten stark, elegant broschiert. **1.95**
Modernes Salon-Album, ca. 8 Konz. beiliegend. Weiter für Klavier **1.-**

Theater, Lichtspiele usw.
Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Martha
Opernhaus
am Königplatz
7 1/2 Uhr: Bajazzo
Gruppentänze
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: D. Fest d. Handwerker / Guten Morgen, Herr Fischer!
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Maria, Sappho
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr:
Sankin und der Haupttreffer
Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
Der Nöblich
Theater I. d. Köllgrabenstr.
7 30 Uhr: Sommer-nachtsraum
Komödienhaus
8 Uhr:
Jolandas letztes Abenteuer
Th. Admiralialgast
Alfabendlich 7 1/2 Uhr:
Garten und drüber
Deutsch-Opernhaus
7 1/2 Uhr: Troubadour
Blech, Debusse, Leisner, Fritz-Kranke
Intimes Theater
8 Uhr: Der Hindupfropf
Der Schrei usw.
Metropoli-Theater
7 1/2 Uhr: Marietta
Operette v. Kollin
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr:
LILLY FLOHR in
Meine Tochter Otte
Neues Volkstheater
8 Uhr: Der Graf von Luxemburg
Renaissance-Theat.
8 Uhr: Revolutionshochzeit
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Frasquita
Kam.-S. Jaslowski, Martha Serak
Theater I. d. Köllgrabenstr.
Geschlossen wegen Vorbereitung zur Premiere
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Mad. Pharaon
Görins, Leck, Hing, Lütner, Ritter
Lustspielhaus
8 Uhr: Der Held des Westlandes

Thalia-Theater
Dresdener Straße 72/73
Täglich Fernspr. Mpl. 4440, 2778
Das Ereignis der **1 1/2 8** Berl. Theater-Saison!
„Frasquita“
Operette von Franz Lehár
Reg: Karl Platen, Dirig: Werner Günther, Tänze: Jan Trojanowski
Hauptdarsteller:
Kammersänger Hermann Jaslowski, Budapest. Staatsop. Karl Platen, Lisa Weiss, Martha Serak, Engen Koltel
Vorverkauf an der Tageskasse ab 10 Uhr vorm. bis 7 Uhr abds. ununterbrochen sowie bei Wertheim u. den übrigen Theaterkassen
Fahrverbindungen: U-Bahn, Inselstr., Staats-Jannowitzbr. Linien 1, 11, 13, 28, 41, 44, 47, 48, 54, 69, 74, 76, 87, 91
Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Rodelinde
Täglich Kammer-Oper Lützowstr. 112
Dirig: Dr. Franz Bräuer - Mus. Leit.: Dr. Ludwig Prill
Friedrich v. J. P. Reichardt / Johann, d. musk. Solfeggien m. alten Volklied. / Die verwandelte Katze von Offenbach.
Neues Operetten-Th.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Guido Thielscher verlagte Nacht
Schönheit L. d. W. v. Franz Arnold u. Ernst Bach. Ein Stück - Carlo Rommer - Giny Smolowa Camilla Spira - Tony Tetzliff - Holzer u. M. Low - Leo Postort - Berthold Heilig.
Casino-Th. 8 Uhr:
Der neue Schlager Die Mali vom Steinhof
Walhalla
Theater Weinbergweg
15 Weltattraktionen
Elite-Sänger
Das neue Febr. Programm!
Apollo-Theater
7 1/2 Uhr: Dir. James Klein 7 1/2 Uhr: Das weltberühmte Schauspiel Volk und Krone
1. Teil aus Em. Ludwigs Bismarck-Trilogie
Ueber 200 Mitwirkende!
Schauspiel v. L. Arnold, Heilig, Heilig

Zielka
Friedrichstr. 60
Ecke Leipziger Str.
Varieté / Kabarett
Nachm. 4-7, abds. 7-11
4 gr. Billardsäle
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet.
Tausende befreit von Bandwurmen
aus Reichel's Bandwurmmittel, 50 Jahre Geheime, 20. 2. 25. f. Rinder (nach Wiler) 2. 1. 75. In Droger. u. Apothek. feinst bei Otto Reichel, Berlin 43, 60, Stenbahnstr. 4.
Neue Welt
A. SCHOLZ Hasenheide 108-114
Heute Mittwoch, den 20. Febr.
Bockbierfest
in den bayer. Alpen
8 Kapellen / Rutschbahn / Bayer. Madl
Spezialität:
Orig. Münch. Weißwürstl
Einlaß 8 Uhr Anfang 7 Uhr
VORANZEIGE: Morgen Gr. Schweineschlachten Spez. Schachschüssel
- für alle Sonnabende im Februar sind sämtliche Eintrittskarten ausverkauft!
Marken-Zigaretten
Tabak-Zigaretten Garbaty, Halpaus, Constantia, Karmity, Avramikos, Muratti, Ghab u. Tagespr. Tabakwaren-Großhandlg.
Arno Geßner, Wertstr. 21, teleph. Moabit 2114.
Karl-Liebknecht-Fabrik-Verlag

Unglaublich billig und gut kaufen Sie Bettwäsche und Leibwäsche in der Central-Bettwäsche-Fabrik
G. m. b. H.
Hauptgeschäft: Berlin C 2, Breite Strasse 8/9
Filialen: Charlottenburg, Berliner Str. 99 / Friedenau, Rheinstr. 39
Beispiele:
Damenhemden mit Stickerei **1.75**
Damen-Garnituren Hand und Beinkleid mit reicher Stickerei **4.95**
Damen-Garnituren Taghemd, Beinkleid u. Nachthemd aus reinem Macotuch **18.50**
Untertailen **0.95**
Oberhemden ppa. mit 7 Kragen **6.50**
Schlafdecken hervorragende Qualität mit Seidenband infassung 150x200 **11.95**
Dimiti 1. Qualität **1.35**
Hemdentuch voll 60 breit **0.65**
Linnen 1. Qualität **0.95**
Cretone 1. Qualität **0.90**
Linnen 150 breit **1.55**
Damast-Handtücher schöne Muster **0.95**

Beschlüsse der Internationale.

Gefasst in Luxemburg am 17. Februar 1924.

Die Internationale hat seit jeher die moralischen Kräfte der Menschheit als die Grundlage jener neuen Gesellschaftsordnung angerufen, die die Arbeiterklasse schaffen will. Sie begrüßt aus ganzer Seele den Erfolg der Bemühungen der englischen Genossen, die von den gleichen Gedanken erfüllt, der internationalen Politik, die bis nun der Kampfplatz für die raubgierigen Interessen des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern war, eine neue Wendung geben wollen.

In der gegenwärtigen Situation hält es das Exekutivkomitee der Internationale nicht für notwendig, die so oft erlassenen Erklärungen über die Voraussetzungen einer Politik des Friedens und der Versöhnung nach diesem Weltkrieg, zu dem das alte kapitalistische und antidemokratische Herrschaftssystem geführt hat, noch einmal zu wiederholen. Es genügt, hier festzustellen, daß der Gang der Ereignisse uns vollkommen recht gegeben hat. Stets haben wir die vollständige Kupplung und die Gefahren einer Politik der Gewalt und des Zwanges aufgezeigt. Es ist eine Schmach für die Menschheit, daß fünf Jahre nach dem formellen Friedensabluß die Bevölkerung weiser Gebiete unter der Willkürherrschaft des Militarismus der Sieger verbleibt, und wir erheben lauter als je die Forderung, die von der Internationale so oft gefällte Forderung nach der schnellsten Räumung der besetzten Gebiete.

Zugleich wiederholen wir, daß die Wiederherstellung der durch das schreckliche Wüten des Krieges zerstörten Gebiete ohne Umschweife und ohne Hinterhältigkeit durchgeführt werden soll. Indem die Exekutive konstatiert und es als Fortschritt anerkennt, daß seit dem Siege der britischen Arbeiterpartei die kapitalistischen Regierungen selbst gezwungen sind, eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems zu suchen, macht sie doch nachdrücklich darauf aufmerksam, daß auch eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems, wie die kapitalistischen Regierungen sie nunmehr suchen, zu einer ersten Gefahr für das internationale Proletariat werden kann.

Wenn nämlich die Lösung der deutschen Arbeiterklasse lasten auferlegte, die nur getragen werden könnten bei Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland über acht Stunden und bei empfindlicher Senkung des Reallohnes der deutschen Arbeiter, dann würde der Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz auch auf die anderen Länder einen Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Senkung der Löhne üben. Die Reparationen würden auf diese Weise faktisch bezahlt werden nicht von der für den Krieg verantwortlichen und an den Kriegsfolgen bereicherten kapitalistischen Klassen Deutschlands, sondern von den Arbeitern aller Länder.

Die Exekutive warnt daher die Arbeiter aller Länder vor der ersten Gefahr, daß die kapitalistischen Regierungen, die bisher durch den Streit um die Reparationen die Lebenshaltung der Arbeiter gedrückt haben, nunmehr durch eine Verschärfung über die Lösung des Reparationsproblems mit rein kapitalistischen Methoden die Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter zu brüden versuchen werden.

Angesichts dieser Gefahren erklärt die Exekutive, daß die Verständigung über das Reparationsproblem nicht nur die Befreiung der besetzten Gebiete

ermöglichen und nicht nur den Anspruch Frankreichs und Belgiens auf Reparationen mit der Notwendigkeit der Stabilisierung der Währungen und der Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichtes in Europa in Einklang bringen, sondern auch die internationale Arbeiterklasse vor einer allzu heftigen deutschen Konkurrenz dadurch schützen muß, daß sie die Wiederherstellung des Achtstundentages in Deutschland und seine Aufrechterhaltung in der ganzen Welt garantiert und das Schwergewicht der Reparationsleistungen nicht der deutschen Arbeit, sondern dem deutschen Kapital auferlegt.

Wir bestehen daher auf der Forderung, daß in der schweren Frage der Reparationen, die augenblicklich in der ganzen Welt obenan steht, nicht bloß dem rein ökonomischen und finanziellen, sondern auch den sozialen Erwägungen Rechnung getragen werde. Wir bestehen nicht minder auf der absoluten Notwendigkeit, endlich mit den veralteten Methoden zu brechen, und an ihre Stelle jene

Politik der Aufrichtigkeit und des Vertrauens zu setzen, die stets die internationalen Beziehungen der Arbeiterparteien untereinander geteilt hat. Ohne sie wird man niemals zu jenem Gefühl wechselseitiger Sicherheit gelangen, das für die friedliche Entwicklung der Welt ebenso wichtig ist wie die Lösung des Reparationsproblems selbst. Durch guten Willen, dadurch, daß der noch unzuverlässige Völkerverbund umfassender und demokratischer gestaltet wird, wird es sicher möglich sein, diesem Gefühl der Sicherheit nahezukommen, das die notwendige Vorbedingung ist, um den Rüstungen Einhalt zu gebieten und zur allgemeinen Abrüstung und dem obligatorischen Schiedsvertrag zwischen den Staaten zu gelangen, die die Internationale ebenso fordert wie die Entmilitarisierung und Neutralisierung gewisser Grenzgebiete. Wir hoffen, daß auch diese Fragen von denen vielleicht die Zukunft der Menschheit abhängt, die der Krieg in einem Zustand der Herrlichkeit zurückgelassen hat, einer gründlichen Untersuchung zugeführt werden.

In diesem Augenblick, in welchem gewisse Anzeichen trotz allem zu Hoffnungen berechtigen, ruft die Internationale daher noch einmal die Arbeiterklasse und alle, die guten Willens sind und die erkannt haben, daß heute die Arbeiterklasse die wirkliche, große Kraft des Fortschritts ist, auf ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um eine Lösung des Problems herbeizuführen, die solange den Ausblick verdrängt haben.

Der Achtstundentag.

In Erwägung, daß die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland, eine der verhängnisvollen Folgen des Ruhrkonflikts, das Unternehmertum in vielen Ländern zu heftigen Angriffen auf den Achtstundentag ermüdet hat; daß jede Einschränkung der Geltung des Achtstundentages in

einem Lande sofort in vielen anderen Ländern heftige Angriffe der Kapitalistenklasse gegen den Achtstundentag zur Folge hat, fordert die Exekutive die Arbeiter aller Länder auf, sich allen Angriffen der Unternehmerschaft gegen den Achtstundentag mit allen Kräften zu widersetzen;

begrüßt sie die Initiative der britischen Arbeiterregierung, die allgemeine Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag durchzusetzen;

fordert sie alle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien auf, die Bemühungen der britischen Arbeiterregierung dadurch zu unterstützen, daß sie, jede in ihrem Lande, die Ratifizierung der Konvention von Washington durchzusetzen sich bemühen,

und beauftragt sie das Bureau, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in geeignetem Zeitpunkt eine internationale Massendemonstration für die Ratifizierung der Konvention von Washington zu organisieren.

Rußland.

Die Exekutive der SWA konstatiert mit Genugtuung, daß nach der de-jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch die englische Arbeiterregierung und die Regierung Italiens die vollständige Anerkennung der Sowjetregierung durch alle anderen Mächte und die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen Rußland und Europa nunmehr als unmittelbar bevorstehende Aufgabe betrachtet werden kann, worin die Exekutive die beste Gewähr für die Erfüllung des politischen Postulats Rußlands und für die Unmöglichkeit der Wiederholung der Interventions- und Blockadepolitik sowie einer Förderung der Demokratisierung des politischen Regimes in Rußland erblickt.

Indem die Exekutive, in vollständiger Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Hamburger Kongresses, die Bemühungen der sozialistischen Arbeiterparteien der einzelnen Länder für die Anerkennung der Sowjetregierung unterstützt, insbesondere überall dort, wo die Bourgeoisie die Anerkennung Sowjetrußlands de jure noch bekämpft oder sie an reaktionäre Bedingungen zu knüpfen sucht, ihre Anstrengungen für die Anerkennung Sowjetrußlands zu verstärken wobei besondere Wachsamkeit nötig ist, damit die kapitalistischen Regierungen dem russischen Volk nicht Bedingungen auferlegen, die wirtschaftliche Verflawung gleichkommen,

erachtet es die Exekutive in um so höherem Maße für die Pflicht der sozialistischen Arbeiterparteien in allen Ländern, die Sozialisten Rußlands in ihrem Kampf gegen das System der politischen Unterdrückung zu unterstützen. Die Exekutive sendet ihre

Grüße den in den Gefängnissen und Verbannungsorten Rußlands schmachtenden Genossen,

die trotz der unerhörten Verfolgungen ihren sozialistischen Überzeugungen treu geblieben sind, und betrachtet es als die Pflicht der SWA, angeschlossenen Parteien, eine energische Aktion für die

UNSERE NEUEN GOLDMARK = PREISE



Drei Tücker 3	
Kolibri NR. 5..... 3	Oplid GRÜN..... 5
Mikauli..... 3	Oplid ROT..... 6
Dubec Pasma NR. 12..... 4	Aco..... 8
Constantin NR. 23..... 4	Levante Blume..... 8
Reitschule..... 4	Stfa..... 10
Constantin der Crasse..... 12	



Der Kauf unserer bekannten Marken bietet Gewähr dafür, wirklich gute Cigaretten zu erhalten



CIGARETTENFABRIK CONSTANTIN

Forderung der vollständigen Amnestie für alle politischen Gefangenen auf dem Gebiete der Sowjet-Union und für die Einstellung der Verfolgungen gegen alle nichtkommunistischen Arbeiter- und Bauernorganisationen einzusetzen.

Georgien.

In Anbetracht dessen, daß die rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung von allen Regierungen Europas ermoglicht wird, bringt das Exekutivkomitee den angeschlossenen Parteien in Erinnerung, daß gemäß den Beschlüssen des Hamburger Kongresses die sozialistischen Parteien, indem sie jede von der Regierung ihres Landes die Anerkennung der Sowjetregierung fordern, zugleich darüber wachen müssen, daß dieser Akt die Fortführung der Verhandlungen über die

Aufhebung der militärischen Besetzung Georgiens

nicht hindert. Das Exekutivkomitee fordert die angeschlossenen Parteien auf, eine Propaganda zugunsten der Befreiung Georgiens von der Besetzung durch die Sowjetrussen gemäß den Beschlüssen von Hamburg zu veranstalten.

Armenien.

In Ermüdung, daß die Mächte der Entente unter Mißachtung der formellen Verpflichtungen, die sie im Vertrag von Lausanne auf sich genommen haben, Armenien den kemalistischen Türken preisgeben, daß ungefahr

eine Million armenischer Flüchtlinge den Hefakomben im Jahre 1915 mit knapper Not entkommen

sind, die noch immer im Zustand leben und der äußersten Not preisgegeben sind und unter das Verbot gestellt, in ihren heimatischen Herd zurückzukehren,

daß in kurzer Zeit in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens Verhandlungen bezüglich der Ratifizierung des Vertrages von Lausanne beginnen werden,

empfiehlt die Exekutive der SPJ mit Bezugnahme auf die Resolution des Hamburger Kongresses den sozialistischen Parlamentsfraktionen dieser drei Länder, anlässlich der Debatte über den Vertrag von Lausanne die

Wiederherstellung der armenischen Heimat

in dem in der Türkei unterliegenden Teil Armeniens zu fordern, eine Forderung, deren große Wichtigkeit vom Völkerverbund und den Mächten selbst proklamiert worden ist.

Kleine Vorlagen im Landtag.

Der Landtag erledigte gestern eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen ohne Debatte. Angenommen wurde u. a. der Gesetzentwurf, wonach die Anstaltungskommission für Westpreußen und Posen mit dem 1. April 1924 aufgelöst werden soll. In einem gleichfalls angenommenen Auswahlantrag wird das Staatsministerium ersucht, die Musikpflege in Schule und Volk tatkräftig zu fördern und auf das Reich dahin einzuwirken, daß Konfiskanten von der Einkommensteuer befreit werden. Nach kurzer Aussprache wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der die Reichsanstalten zur Annahme von Rotgeld verpflichtet. Zu einer längeren Aussprache führte ein Antrag des Rechtsausschusses, der die Begnadigung zweier Einwohner des Reiches bedingungslos befürwortet, die im Sommer 1920 wegen Brandstiftung vom Schwurgericht zu 12 und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Ein Regierungsvertreter erklärte dazu, das Ministerium denke nicht daran, die ganze Strafe verbüßen zu lassen, aber der jetzige Zeitpunkt sei für einen Gnadenbeweis noch verfrüht.

Von den Abgg. Dr. Rose (D. Sp.), Meyer-Balfau (D. Hamm.) wurde die Zurückweisung der Eingabe beantragt, während die Abgg. Frau Wolfstein (Komm.) und Gaymann-Harburg (Soz.) die Beantragung mit der Begründung verlangten, daß es sich um ein Fehlurteil des Schwurgerichts handle. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Zurückweisung der Eingabe wurde angenommen.

Um 6 Uhr verlegte sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleinen Vorlagen die Beamtenabbauordnung.

Generalversammlung der Metallarbeiter

Kassel, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Den Bericht der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ erstellte Redakteur Kummer. Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Redaktion müsse man berücksichtigen, daß die Redaktion unter Verpflichtung auf ein bestimmtes Programm gewährt worden sei und auch Pflichten gegen die Internationale zu erfüllen gehabt habe, weil die „Metallarbeiter-Zeitung“ das einzige größere Organ der „eisernen Internationale“ sei. Vieles habe nicht durchgeführt werden können. Den in vielen vorliegenden Anträgen enthaltenen Vorwurf „heftiger und verkehrter Schreibweise“ wies Kummer zurück; eine Entschärfung der Opposition, die die Entlassung der Redaktion fordert, verpflichtete er. Der

Heranbildung des Nachwuchses

habe die Redaktion größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Redaktion habe sich in ihrer Gesamteinstellung bemüht, die Massen in sozialistischem Sinne aufzuführen.

Für die Aussprache werden jeder Fraktion drei Redner zugewiesen; mit einer Redezeit von einer Stunde, dreiviertel Stunde und einer halben Stunde; der Vertreter der USP. erhält halbstündige Redezeit.

Als erster Diskussionsredner spricht Schumann-Hasse (R.P.). Dismann habe keinen Weg gezeigt, um aus dem Feind herauszukommen. Die sozialen Einrichtungen seien zunichte geworden. Der Redner greift den Reichspräsidenten an, weil er den Ausnahmezustand nicht aus eigener Macht aufgehoben habe, auch Roske mußte nochmals gehalten. Dem Genossen Stiering wirft er als preussischen Handelsminister vor, daß er durch Stundung der Kohlensteuer den Unternehmern ungeheure Gewinne zugeschanzt habe. Dismann habe nicht gearbeitet, wie er es in Stuttgart verstanden habe. Der gewerkschaftliche Kampf müsse zum politischen Kampf werden; an Stelle der Diktatur des Kapitals müsse die Diktatur der Arbeiterschaft gesetzt werden. Die Schaffung von Industrieverbänden sei im Interesse der Gesamtarbeiterschaft notwendig. Die Kommunisten forderten ihre Anhänger auf, in den Gewerkschaften zu verbleiben. (Lebhafte Widerspruch.) Sozialdemokratie und USG. greift der Redner scharf an wegen des Ermächtigungsgesetzes. Dismann sei in das Schlepptau des USG. genommen worden. Bei den scharfen Angriffen Schumanns gegen Dismann kam es unter den Delegierten zu heftigen Auseinandersetzungen.

In der Nachmittags Sitzung begrüßt als nachträglich eingetretener Gast die Frau Labe-Horis im Auftrag der französischen Metallarbeiterzeitung, die in scharfem Kampf gegen Imperialismus und Militarismus

stehe. Für den Internationalen Metallarbeiterbund sprach Jig-Bern: Bei der Ruhrbesetzung habe die Internationale verlost, ebenso bei der gegenseitigen Unterstützung bei großen Streiks. Das sei eine Folge der riesigen Arbeitslosigkeit in allen Ländern.

Grömann vom USG., von den Kommunisten mit allerlei Zwischenrufen begrüßt, übermittelt den Wunsch des Bundesvorstandes, daß die Lösung des Metallarbeiterverbandes der gesamten Arbeiterschaft zum Vorteil gereiche.

Als Vertreter der USP. erklärt Himmelfahrt-Berlin, daß seine Partei kein Vertrauen zu den Verbandsleitungen habe. Seine Ausführungen lösten teilweise stürmische Heiterkeit aus. Er kritisierte Scheidemann, erging sich in Angriffen gegen die Sozialdemokratie und erklärte schließlich, daß sich die USP. die Ausführungen Schumanns völlig zu eigen mache. Eine Einigung sei nur möglich, wenn sich der Metallarbeiterverband wieder zu einer Kampforganisation umstelle; die jetzigen Führer seien ungeeignet.

Pawlowitsch-Dresden (USP.): Nicht Parteizugehörigkeit komme in Frage, sondern die Amsterdamer oder die Rosa-Fauer-Gewerkschaftsrichtung. Die wichtigste Aufgabe des Verbandes sei, Richtlinien zu schaffen für die unmittelbaren Aufgaben. Die Gewerkschaften sind bisher ihren Weg zwangsläufig gegangen und werden ihn auch weiter zwangsläufig gehen müssen. (Sehr richtig!) Von den Kommunisten oftmals unterbrochen, weist der Redner die Angriffe Schumanns auf den Reichspräsidenten zurück und verurteilt die Aufspaltung der Arbeiterschaft durch Flugblätter. Die Politik der Gewerkschaften sei heute dieselbe wie früher. Mit einem großen Teil der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder lasse sich durchaus gut arbeiten, aber zurückgeworfen werden müsse die Gespinnstweberei der Kommunisten, alle diejenigen, die nicht auf Moskau schwören, als Arbeitervertreter und Unternehmervertreter zu kennzeichnen. (Stürmische Zustimmung.) Um den Inneren Frieden mit aller Energie entgegenzutreten zu können, sei innere Geschlossenheit und Disziplin notwendig. Parteipolitik dürfe nicht über Gewerkschaftsbelange gestellt werden. (Lebhafte Beifall.) — Schluss der Dienstagsitzung.

Filmschau.

„The Christian“, ein großer amerikanischer Film, der in der Abendunterhaltung erstmalig gezeigt wurde, hat starke Werte, die zu seiner Anerkennung zwingen. Er ist noch dem Roman von Hall Gains geschrieben, aber die Amerikaner haben wesentlich anders vor, als die Deutschen es im gewöhnlich in einem solchen Falle tun. Die Deutschen wollen das Seelenleben erschauen, lassen ihre Fauten darauf ein, machen die Landschaft diesem Zweck dienlich, die Amerikaner jedoch nehmen nur die Handlung und lassen diese Filmisch ohne das Bemühen zu vernachlässigen. So war London, diese prächtige Stadt, trübte Anlehnung prächtig gezeichnet, man ließ sie nicht zum Hauptdarsteller werden, aber man verlebte die Handlungen der Personen und nur möglich in dieser Stadt, sie sind verbunden mit ihr. Ähnlich war auch die Verdrämtheit der Insel Man, auf der junge Menschen unter der Sebnacht nach London belassen werden. Dieser Bewegung hingegen waren die Bilder vom Derby. So ist dieser Film nicht nur dem Leben nahe, nein, er ist ein Stückchen Leben. Was es ist, eine lebendige Schönheit, und ihr Partner Richard Dix sind hervorragende Darsteller, fern jeder Uebertreibung und — Meister des Schminkmak, was für einen Film auch immerhin sehr viel zu bedeuten hat. „Der Regatta-Lark“, ein ansprechendes Lustspiel, wird von der Erbs-Rim-A-G. herausgebracht. Ein Sportmann wird mit einem Mädchen verwechselt, das ergibt die übliche Komik, eine tolle Verfolgung und bezaubernde Bilder vom Halbbootsport, die ein vorzügliches Werbemittel für diese Sportart sind. s.h.

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph Berlin W 37 besonders kräftig und erfrischend. Ltr. Mk. 6.50

Ziehung 1. Klasse bereits 7. März
Mit dem bewährten und sehr beliebten 5-Klassen-System beginnt wieder die
Preuss.-Staatslotterie
P.sudd. Staatslotterie
Nur 300.000 Lose mit 102.000 Gewinnen u. 1 Prämie, aus. nahezu
20 Millionen Mark Renten-
darunter der evtl. Hauptgewinn von
Eine Million Mark Renten-
1. Prämie **500.000** 1 Gewinn **500.000**
2. Gewinn **300.000** 1 Gewinn **200.000**
3. Gewinn **150.000** 60 Gewinne **100.000**
Los-Preise: Achtel | Viertel | Halbe | Ganze Für alle Achtel | Viertel | Halbe | Ganze
pro Klasse: 3 M. | 6 M. | 12 M. | 24 M. 6 Klassen: 15 M. | 30 M. | 60 M. | 120 M.
Orig.-Lose empfiehlt u. versendet auch unter Nachnahme die Staatl. Lotterien-Einschme
Friedrich Müller / Berlin C19
in Firma Lud. Müller & Co. Jerusalemstr. 13
Postfach-Kasse 311 58

Für stärkste Figuren Passendes! Keine Reklame-Artikel nur Qualitätswaren!
Diese Preise gelten nur bis Sonnabend 8 1/2 Uhr!
!! Wer's nicht sieht, glaubt's kaum !!
Konkurrenzlose Angebote Unvergleichlich billig!
nur soweit Vorrat
Wundervolle Plüschmantele in Schneiderarbeit 155.— 115.—
Prima Sealpüschmantele auf halbarstem Damast 155.— 115.—
Astrachan- und Krimmermantele, speziell für allerstärkste Figuren 75.— 55.—
Entrückende Pelzmantele und -jacken, nur beste Felle 648.— 461.—
Prächtige Übergangsmantele engl. Charakter u. einfacht 48.— 35.— 25.—
Modell-Kostüme, erste Frühjahrsneuheiten 99.— 125.— 195.—
Kleider, nur einzelne Modelle 55.— 65.— 99.—
Sommermantele in Donegal 28.— Covercoat in 29.— 65.— Tuch 45.— 39.—
Donegal- u. Cheviotkostüme (keine Massenfabrikate)
Spo. sbillig! in der Modellabteilung: Einz. Frühjahrs-Modell-
kostüme, Mantele, Kleider u. Röcke, nur Orig.-Mod.
Extra-Abteilung! Trauermagazin
Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin N O, Gr. Frankfurter Str. 115

Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Unterricht
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Verschiedenes
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Geleerverkehr
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Arbeitsmarkt
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Stellengesuche
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Stellenangebote
Kaufgesuche
Kaufgesuche
politischer Redakteur
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Violoncellist
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Asphaltier
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kurbelstickerinnen
Kaufgesuche
Kaufgesuche

Drum prüfe, wer sich ewig bindet
Trauringe
1 Ring Du-ausgold von 9,00 Goldmark an
1 Ring 243 -estemp. von 6,00 Goldmark an
1 Ring 233 gestemp. von 2,90 Goldmark an
Einfache Ringe 1,50 Goldmark an
ges. nach
Hermann Wiese, Juwelier, Berlin N, Artilleriestr. 30
5 Minuten vom Bf. Friedrichstr. 56, Untergrundbhf. Oranienbr. Tor
Berlin W, Passauer Str. 12, Untergrundbhf. Wittenbergplatz
Garantierschein für gesetzlichen Goldinhalt
Teiler-Adr.: Trauringen Berlin - Versand nach auswärts
Fahrgelagert Günter & Prellwitz Str. 71

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Verkäufe
Kaufgesuche
Kaufgesuche

Möbel
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Fahrräder
Kaufgesuche
Kaufgesuche

politischer Redakteur
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Violoncellist
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Asphaltier
Kaufgesuche
Kaufgesuche
Kurbelstickerinnen
Kaufgesuche
Kaufgesuche